

# LaG - Magazin

Regionalgeschichte

10/2016

14. Dezember 2016

### Inhaltsverzeichnis

#### Zur Diskussion

Regionale Zeitgeschichte in Mecklenburg-Vorpommern – das Projekt ZeitLupe. Stadt.Geschichte & Erinnerung.....	5
NS-Geschichte in brandenburgischen Museen. Der brandenburgische Museumsverband forscht nach den Ursachen eines Defizits.....	12
Unentdeckte Täterschaften. Nicht Hitlers Hunde, Frauen und Kameraden, sondern Täterschaft in meiner Hood.....	17
Dresden 1936 - Techniken institutionalisierter Verfolgung von Sint_ ezze und Rom_ nia.....	21

#### Empfehlung Fachbuch

Viele Kämpfe.....	25
Sachsen und der Nationalsozialismus.....	28
Volksgemeinschaft und Lebensraum: Die Neulandhalle als historischer Lernort.....	31

#### Empfehlung Web

Geschichte für Alle.....	35
„Arbeiter. Besetzer. Bürger.“ Die Mainzer Straße in Berlin-Friedrichshain von 1894 bis heute.....	36

#### Empfehlung Zeitschrift

„geschichte für heute“ 2/2010: Lernpotentiale der Regionalgeschichte.....	39
---	----

Liebe Leserinnen und Leser,  
wir begrüßen Sie zur letzten Magazinausgabe in diesem Jahr mit dem Titel „Regionalgeschichte“. Statt der gewohnten knappen inhaltlichen Einführung möchte die Redaktion den Raum nutzen, Sie auf unsere anhaltenden finanziellen Probleme aufmerksam zu machen. Die finanziellen Möglichkeiten unseres Vereins und der Redaktion stehen dabei konträr zu dem wachsenden Interesse und der Wahrnehmung des Online-Magazins sowie des Portals „Lernen aus der Geschichte“. Wir halten es weiterhin für geboten, Ihnen ein kostenfreies und solides Angebot für die Bildungsarbeit zu machen. Gerade in Zeiten einer zunehmenden gesellschaftlichen Polarisierung ist uns dies ein besonderes Anliegen.

Bereits das vorliegende Magazin mussten wir aus Eigenmitteln finanzieren. Für das kommende Jahr ist die Planung an vielen Punkten noch offen. Ein Teil der Finanzierungsproblematik ist sicher vielen von Ihnen bekannt. Es gibt kaum Möglichkeiten für institutionelle Förderungen, und so sind wir darauf angewiesen, jede Ausgabe des LaG-Magazins als gesondertes Projekt zu finanzieren. Die zur Verfügung stehenden Möglichkeiten im Bereich historisch-politischer Bildung sind dafür überschaubar.

Für 2017 hat zudem ein Förderer kurzfristig teilweise seine Finanzierung zurückgezogen. Die fehlende Summe lässt sich innerhalb weniger Wochen kaum ausgleichen. Dazu kommt, dass Stiftungen Eigeninteressen formulieren und wir nicht immer zeitlich so

planen können, wie es in dieser Situation angemessen wäre.

Die Redaktion steht momentan in Verhandlungen und Gesprächen mit interessierten neuen Projektpartner\_innen, und daher sind wir hoffnungsfroh, dass wir die Mehrzahl der LaG-Magazine für 2017 herausgeben können. Es ist jedoch möglich, dass es in der ersten Jahreshälfte zu einem oder zwei Ausfällen kommt.

Sollten Sie die Möglichkeit haben, für das Magazin zu spenden, würden wir dies selbstverständlich begrüßen. Informationen zu Spendenmöglichkeiten finden Sie auf „[Lernen aus der Geschichte](#)“.

Ein vielfältiges Projekt zur regionalen Zeitgeschichte stellt *Constanze Jaiser* vor. Unter dem Titel „ZeitLupe. Stadt. Geschichte & Erinnerung“ stellt sie konzeptionelle Überlegungen und Projektideen vor.

In brandenburgischen Museen steht die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Geschichte im Schatten der Repräsentation der DDR-Geschichte. *Susanne Köstering* berichtet, wie sich der brandenburgische Museumsverband mit dieser Kluft auseinandersetzt.

Dem lokalgeschichtlichen Umgang mit Tätergeschichte widmet sich *Kathrin Krahl*. In Ihrem Essay diskutiert sie das Spannungsfeld zwischen den global bekannten Täter\_innen des Nationalsozialismus und der unsichtbaren lokalen Täterschaft in der eigenen Stadt.

# Lernen aus der ■ Geschichte ■

## Einleitung

Der Nationalsozialismus hat die jahrhundertelange Diskriminierung und Verfolgung von Sinti und Roma in einen mörderischen staatlichen Rassismus überführt. *Michael Möckel* und *Claudia Pawlowitsch* zeigen auf, wie sich dessen Strukturen mittels einer lokalhistorischen Quelle offenlegen lassen.

*Juliane Niklas* hat für uns den Band „Viele Kämpfe und vielleicht einige Siege“ besprochen, in dem Texte über lokalhistorische Recherchen zu Sinti und Roma in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Tschechien versammelt sind.

Wir bedanken uns bei allen Autor\_innen für ihre Beiträge.

Wir wünschen Ihnen allen einen geruhsamen und angenehmen Jahresausklang.

Das nächste LaG-Magazin erscheint am 25. Januar und trägt im Titel die Fragestellung „Krieg für Menschenrechte?“.

Ihre LaG-Redaktion

### Regionale Zeitgeschichte in Mecklenburg-Vorpommern – das Projekt ZeitLupe. Stadt. Geschichte & Erinnerung

Von Constanze Jaiser

Das Erinnerungsprojekt ZeitLupe steht für eine Spurensuche regionaler Zeitgeschichte im Raum Neubrandenburg. Es wurde in diesem Sommer von der RAA Mecklenburg-Vorpommern und der Freudenberg Stiftung ins Leben gerufen. Die Agentur für Bildung – Geschichte, Politik und Medien ist eine Kooperationspartnerin.

Im Folgenden sollen in Form eines Werkstattberichts einige konzeptionelle Überlegungen und Projektideen vorgestellt werden mit dem Ziel, die Chancen und Herausforderungen historisch-politischer Bildungsarbeit in der Region zu diskutieren.

Im Rahmen des Projekts werden insbesondere junge Menschen angeregt, sich forschend und aktiv mit den Ereignissen rund um den Zweiten Weltkrieg auseinanderzusetzen. Zudem werden Lehrkräfte aus Neubrandenburg und der Region beraten und begleitet im Hinblick auf Methodik, Didaktik und inhaltliche Gestaltung von Angeboten zur historisch-politischen Bildung in Neubrandenburg und Umgebung. Unter die Lupe kommen dabei scheinbar verschwundene oder vergessene Orte in Neubrandenburg und Umgebung, aber auch Menschen, die in der Region Spuren hinterlassen haben. Um die Schnittpunkte zwischen städtischer Gegenwart und gelebter Vergangenheit bunt und vielfältig zu

markieren und eine lebendige Erinnerung zu gestalten, sollen insbesondere kreative und partizipative Projektformate erprobt werden.

### Hintergrund zur Stadt Neubrandenburg

Neubrandenburg ist eine Stadt mit einer noch gut sichtbaren Geschichte zum Mittelalter, die mit ihrer Stadtmauer und den Wiekhäusern ihresgleichen sucht in Deutschland. Ihre vielfältigen historischen Orte zum Nationalsozialismus sind dagegen nur wenig im Fokus der Aufmerksamkeit, und wenn, dann werden diese immer wieder von „völkisch“ und rechtsextrem geprägten Gruppen einseitig vereinnahmt.

Zwar gibt es vor Ort Personen, Institutionen und Vereine, die sich seit vielen Jahren um eine „Erinnerungskultur“ bemühen. Dennoch prägt die Bildungslandschaft das weitgehende Fehlen von historisch-politischen Bildungskonzepten, die Lehrkräfte motivieren und insbesondere den Jugendlichen Möglichkeiten bieten, einen lebendigen und demokratischen Umgang mit Erinnerung wie auch mit aktuellen Problemlagen zu finden.

Hinzu kommen Kontroversen um den Umgang mit dem Lagerkomplex Fünfeichen, wo sich ein großes Kriegsgefangenenlager, später kurzzeitig ein DP-Camp und dann ein NKWD-Lager befand.

Zudem gibt es großen Bedarf an pädagogisch-didaktisch aufbereiteten Zugängen zu den zahlreichen anderen historischen Spuren in der Topographie der Stadt

und zu den bedeutsamen historischen Orten, wie den beiden Außenlagern des KZ Ravensbrück, eines ehemaligen „Zigeunerlagers“, aber auch der NS-Torpedoversuchsanstalt oder dem Fliegerhorst Trollehagen. Bislang gelingt der Transfer zu den genannten Zielgruppen, aber auch der Transfer zu gegenwärtigen Fragestellungen, wie z.B. dem Vorhandensein eines Flüchtlingsheims auf dem Lagergelände Fünfeichen oder dem in Neubrandenburg stattfindenden Prozess gegen einen ehemaligen Auschwitz-Wachmann, trotz zum Teil vorhandener Materialien, Forschung und Erinnerungszeichen, allenfalls punktuell.

Hier möchte das Projekt motivierende, koordinierende, vernetzende, pädagogische, künstlerisch-kulturelle und weiterbildende Aufgaben übernehmen.

### Umsetzung und Projektziele

Die Vorgaben des Projektes sollen umgesetzt werden durch ein zweigleisiges Vorgehen, das bei möglichst konkreten Projekten verschiedenste Synergien und Perspektiven ermöglicht.

1. Zum einen stehen im Mittelpunkt die Lehrkräfte an Schulen und Pädagog\_innen in außerschulischen Einrichtungen sowie die historisch-politische Bildungsarbeit für Kinder und Jugendliche.

Dabei geht es insbesondere um Themen, die mit dem Zweiten Weltkrieg und der Erinnerung daran zu tun haben; diese sollen über Formate in die Region getragen werden, die Neugier wecken, eine Relevanz zum Heute

offensichtlich werden lassen, die ein Lernen durch Engagement befördern und sogar Spaß machen dürfen.

Die historisch-politischen Bildungsangebote sollen möglichst so gestaltet sein, dass Jugendliche aus einem z.T. offiziell erwarteten Erinnerungsgestus heraustreten, um stattdessen selbst aktiv nach den Verbindungen zwischen vergangener Geschichte und gegenwärtiger Lebensgestaltung zu suchen. Im weitesten Sinne geht es um eine Werteklä rung: sich dem Spannungsfeld zwischen eigenständigem verantwortlichem Handeln und gruppenbezogenen, gesellschaftlichen, institutionellen Zwängen zu stellen und auf die eigenen Lebensziele anwendbare demokratische Lösungen zu finden, die Respekt und Toleranz gegenüber anderen evident machen.

2. Zum anderen besteht ein wichtiges Projektziel darin, weitere Träger, Einzelakteure und kulturelle Einrichtungen vor Ort als Projektpartner zu gewinnen. Die Bemühungen um eine vielfältige historisch-politische Bildungsarbeit – ob in den Schulen oder projektbezogen – sollen in einen größeren Rahmen von Erinnerungskultur integriert werden, die sogar über die Stadtgrenzen hinaus zu strahlen vermag. Denn Bildungsarbeit kann nur so gut sein, wie die gesellschaftlichen Verhältnisse es zulassen. Schulen und andere pädagogische Einrichtungen bedürfen einer Resonanz in der Gesellschaft. Lehrkräfte können nicht allein und losgelöst von gesellschaftlichen Bedingungen Kinder und Jugendliche „demokratiefähig

machen“ oder gar gegen rechts-populistische Argumentationen „impfen“, vielmehr bedarf es eines breiten gesellschaftlichen Konsens, einer gesellschaftlichen Teilhabe und Anerkennung sowie einer sichtbaren Positionierung anderer Erwachsener und Institutionen.

### **Partizipative Methoden und prozessorientiertes Lernen**

Eine der größten Herausforderungen regionalgeschichtlicher Bildungsarbeit besteht darin, Antworten auf die Frage zu finden, welche thematischen Ideen und pädagogischen Ansätze angesichts des wachsenden Zeitabstands zu den Ereignissen und dem Ende der lebendigen Zeitzeugenschaft greifen? Dabei steht eines fest: Moralische Lehren oder politische Rezepte, die eins zu eins auf die Bewältigung der gegenwärtigen Problemlagen (Rechtsextremismus u.ä.) angewendet werden können, gibt es nicht. Doch möchte ich an Beispielen einige wesentliche Aspekte benennen, die eine lebenswelt- und schülerorientierte Didaktik beinhalten sollten und die dazu beitragen, eine wertschätzende und gegenwarts- bzw. zukunftsrelevante regionalgeschichtliche Arbeit durchzuführen.

### **Erwerb historischen Wissens und Nutzung historischer Quellen**

Selbstverständlich ist der Erwerb historischen Wissens (nach wie vor) ein wichtiges Lernziel, wobei es hier darauf ankommt, die Verflechtung lokaler, nationaler und internationaler Geschichte sichtbar zu machen. Neubrandenburg als bedeutender Standort

der Luftfahrt und Rüstungsindustrie wären hier ebenso zu nennen wie eine Auseinandersetzung mit dem international bedeutsamen Lagerkomplex Fünfeichen oder wie regelmäßige Gedenkstättenfahrten nach Ravensbrück.

Die Originale resp. Kopien von Quellen sind dabei zentral für junge Menschen, denn sie veranschaulichen die große, offizielle Geschichte im Kleinen und verdeutlichen, dass sich Geschichte immer auch „vor der Haustür“ ereignet, sowohl erlebt als auch gestaltet wird. Zu lernen ist hier immer auch ein Umgang mit Archivalien, mit Zeitzeug\_innen mit Texten, die veröffentlicht werden sollen – etwas, das fachwissenschaftliche Begleitung benötigt.

Während des mindestens dreijährigen Projektzeitraums sollen, mit Hilfe von Lehrkräften und den städtischen Einrichtungen vor Ort, Quellen ausgewählt in einem „Werkzeugkasten“ online zugänglich gemacht werden (die Adresse wird lauten: [www.zeitlupe-nb.de](http://www.zeitlupe-nb.de))

### **Methodische Fähigkeiten für den Umgang mit Vergangenheit und für den Umgang mit Emotionen**

Es geht meines Erachtens im Umgang mit der Vergangenheit nicht darum, einen Lernprozess ohne emotionale Faktoren zu betreiben. Doch statt Jugendliche auf Fährten einer fragwürdigen Opferidentifikation zu setzen, wäre es sinnvoller, eigene Standpunkte argumentativ (und emphatisch) einzuüben und darüber hinaus auch eine Auseinandersetzung mit

Täter\_innen und Mitläufer\_innen zu befördern. Wichtige Lerninhalte sind die Personalisierung von historischen Prozessen und Strukturen, aber auch der sich immer wieder wandelnde Umgang mit Erinnerung (vgl. Andreas Wagner). Und vor allem geht es darum, den zu lernenden Stoff relevant für die eigene Lebenswelt zu machen.

Ob erste wissenschaftliche Gehversuche von Jugendlichen begleitet, Referate und MSA-Prüfungen vorbereitet oder Projektwochen oder Geschichtswettbewerbe durchgeführt werden, immer sollte es dabei um die Stützung von Eigeninitiativen gehen. Es erscheint mir wesentlich, bei der Wahl der Themen und Fragestellung frei zu sein. Und prozessorientiertes Arbeiten sollte im Vordergrund stehen, auch wenn dies zunächst ein Widerspruch zu den schulischen Rahmenbedingungen darstellt. Aus dem anfänglichen Experimentcharakter entwickeln sich im Verlauf Arbeitsmethoden und Arbeitsergebnisse. Offene, partizipative Methoden erweisen sich in diesem Themenfeld als nachhaltiger, erst recht, wenn es auch darum geht, langfristig Position zu beziehen bei Themen, die verdrängt, die tabuisiert und die rechts vereinnahmt werden.

### **Geschichte praktisch – Interventionen im öffentlichen Raum**

Damit pädagogische Projekte nicht hinter der Schultür verschwinden und lediglich die Funktion eines „Feigenblatts“ regionaler Erinnerungskultur einnehmen, erscheint es mir erstrebenswert, auch im öffentlichen

Raum sichtbar werden zu dürfen.

Für das ZeitLupe-Projekt ist z.B. an eine virtuelle Hörstation am Synagogendenkmal gedacht, die von Jugendlichen gestaltet wird. Auch könnte im Rahmen eines Schulprojekts eine App entstehen, die für ein forschendes Lernen auf dem Neuen Friedhof mit seinen interessanten und kontroversen Erinnerungszeichen geeignet ist. Als drittes Beispiel möchte ich eine Foto-Open-Air-Ausstellung im Park nennen, die unter dem Titel „Mit der Lupe gefunden – Erinnerungszeichen im Raum Neubrandenburg“ eine gemeinsame Aktion von Jugendlichen mit Neubrandenburger Persönlichkeiten und Journalist\_innen der Regionalzeitung „Nordkurier“ werden könnte.

Zum Themenkomplex „Erinnern & Gedenken“ gehören Ideen, wie z.B. ein medienpädagogisches Gedenkprojekt / Ideenwettbewerb zu den beiden Außenlagern in Neubrandenburg (Ihlenfelder Straße und „Waldbau“) sowie ein theaterpädagogisches Projekt zum vergessenen „Zigeunerlager“ in Weitin (heute ein Ortsteil von Neubrandenburg), das sich Kontinuitäten der Ausgrenzung unter Einbeziehung aktueller Problemlagen zu Rassismus widmet. Immer kommt es darauf an, Kooperationen von Schulen mit städtischen Einrichtungen, wie der Regionalbibliothek oder dem Stadtarchiv und dem Regionalmuseum zu stärken, um so den gewinnbringenden Austausch und eine gegenseitige Wertschätzung zu stärken.

Aber auch neue Traditionen sollen geschaffen werden, z.B. durch regelmäßige Gedenkstättenfahrten nach Fünfeichen und nach Ravensbrück und im Hinblick auf ein öffentliches Gedenkritual in der Veranstaltungskirche oder auf dem Marktplatz der Stadt, bei dem Neubrandenburger Schüler\_innen zum 27. Januar Namen, Gedichte oder andere Texte Verfolgter lesen. Die gemeinsame Begehung von Jahresfeierlichkeiten in Fünfeichen (Kriegsgefangenenlager, DP-Camp, NKWD-Speziallager) und Entwicklung neuer Abläufe unter Mitwirkung möglichst Vieler aus der Region wäre ein weiterer Baustein. All dies würde dazu beitragen, dass sich nicht nur Einzelpersonen für die Geschichte der Stadt verantwortlich fühlen, sondern dass gemeinsam Symbole und Riten geschaffen werden. So kann erfahrungsgemäß eine viel höhere Identifikation und Nachhaltigkeit erreicht werden.

Abschließend möchte ich ein Projekt skizzieren, das, in Zusammenarbeit mit dem Kompetenzzentrum „Service-Learning – Lernen durch Engagement (LdE)“ der RAA sowie einer Schule in Mecklenburg-Vorpommern als ganz- oder mehrjähriges geplant ist und das sich mit der Geschichte der Gemeinde Rechlin beschäftigt. Die Gemeinde Rechlin, zu der auch das Dorf Retzow gehört, war unter nationalsozialistischer Herrschaft geprägt durch die Luftfahrt, genauer gesagt durch die sogenannte Flugzeug-erprobungsstelle. Der bereits seit 1933 massiv ausgebaut Ort umfasste ein riesiges

Areal mit dem Flughafengelände Lärz, das heute Austragungsort des Musikfestivals „Fusion“ ist, das jährlich inzwischen 50- 60.000 Besucher\_innen besuchen.

Die damals zunächst heimlich stattfindende Erprobung von Militärflugzeugen und ihren Bordgeräten diente dem Ziel, den Krieg gegen die europäischen Länder vorzubereiten. Vor Ort entstand ein wichtiger Arbeitgeber auch für die ansässige Bevölkerung. Lebten um die Jahrhundertwende gerade 110 Bewohner in Rechlin und 74 in Retzow, so arbeiteten im Jahr 1940 etwa 4.000 Militär- und Zivilangehörige für die sogenannte „E-Stelle“.

Die Größen des NS-Regimes, darunter Hitler, Göring und Speer höchstpersönlich besuchten den Standort. Die wichtigsten Kampfflugzeuge wurden hier getestet. Die nominierten Flugzeuge und ihre Technik wurden umfassend im Spanischen Bürgerkrieg erprobt. Viele junge Männer starteten in Rechlin ihre Karriere. Auch Frauen profitierten von der Aufbruchsstimmung des NS-Regimes; unter den Testpiloten befanden sich bekannte Persönlichkeiten wie Hanna Reitsch und Beate Uhse. Und nicht zuletzt erlangte Rechlin Bekanntheit mit zwei berühmten Fliegerfilmen – „Pour le merite“ und „DIII-88“, beide Propagandafilme, die den Ersten Weltkrieg glorifizierten und für den wiedergekehrten Frontgeist warben. Im Verlauf des Krieges wurden zahlreiche Zwangsarbeiter\_innen und Kriegsgefangene als Arbeitskräfte angefordert, ab Frühjahr 1943 auch Tausende

weibliche und männliche Häftlinge aus dem Konzentrationslager Ravensbrück. Zusammen mit einer örtlichen Schule und mit den projektbeteiligten Schüler\_innen soll hier ein „Lernen durch Engagement“ praktiziert werden, bei dem sich Geschichtsunterricht mit praktischem Tun vor Ort verbindet. Ziel könnte es sein, gemeinsam mit den Schüler\_innen einen Lehrpfad an dem heruntergekommenen Ort des ehemaligen Konzentrationslagers zu errichten und als Schule dauerhaft die Patenschaft und damit die Pflege dieses Ortes zu übernehmen.

### Fazit

Vergessene oder verschwundene Orte der Region einzubinden in die regionale Erinnerungslandschaft, Wissen über diese zusammenzutragen und kreative Methoden entwickeln zu dürfen, um die Bedeutung dieser Orte zur Geltung zu bringen, bedeutet immer auch, mit anderen Akteuren der Region zu kooperieren, Wissen über Nationalsozialismus und Zweiten Weltkrieg praktisch anzuwenden und lebendiges Erinnern auszuhandeln. Begleitet von den Lehrer\_innen und durch außerschulische Fachkräfte können den Schüler\_innen demokratietaugliche Wege eröffnet werden, sich verantwortlich einzubringen in eine Debatte, die Aspekte wie „Rassismus“ und „Herrenmenschentum“, „Karriere“ und „Arbeit um jeden Preis“, aber auch die Faszination für Technik oder gar Krieg immer wieder ignoriert oder herunterspielt.

Es wäre viel erreicht, wenn es gelänge, die Auseinandersetzung mit der schwierigen

Geschichte der NS-Diktatur (und dem auf andere Weise schwierigen Umgang mit Erinnerung zu DDR-Zeiten) so zu gestalten, dass anstelle von „moralischem Zeigefinger“ und Opferkonkurrenzen andere Aspekte in den Vordergrund treten: nämlich ein Raum selbstbestimmter Aneignung von Vergangenheit, die Verpflichtung auf eine notwendige Multiperspektivität und der Verzicht auf Deutungshoheit im Sinne einer wie auch immer gearteten Wahrheit. Erinnern würde dann bedeuten, dass es sowohl um das Gedenken an konkrete Menschen ginge, die zu Opfern geworden sind, als auch um die Auseinandersetzung mit Handlungs- und Entscheidungsspielräumen von (Mit-) Täter\_innen. Im Weiteren ginge es dann um die Vergegenwärtigung der Einsichten, die wir aus dieser Vergangenheit für die Gegenwart ableiten. Und nicht zuletzt um ein heutiges Engagement gegen Intoleranz mit all den rassistischen und antisemitischen Ressentiments – für eine Wertschätzung demokratischer und menschenrechtlicher Errungenschaften.

Kontakt zum Projekt:

Constanze.Jaiser@raa-mv.de

### Literatur

Andreas Wagner: „Lernen aus der NS-Geschichte? Historische Projektarbeit in der schulischen und außerschulischen Bildung! – ein Workshop in Barth, in: Zeitgeschichte regional, 12. Jg., Heft 1, Juli 2008, S. 110–112.

Heinrich Roß: Das Barackenlager zu Retzow. Ein Außenlager des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück. Waren (Müritz), 2. Auflage, 2005.

Angelika Meyer: Rechlin: „Erprobungsstelle der Luftwaffe“ und KZ Retzow, in: Gedenkstättenrundbrief Nr. 88 S. 10–16, online abrufbar unter folgendem [Link](#).

Ulrike Maschner: Zwei Außenlager des Frauen-Konzentrationslagers Ravensbrück in Neubrandenburg. Context. Bausteine für historische und politische Bildung e.V., Rostock 2014.

Constanze Jaiser/Jacob David Pampuch: Ein Schmuggelfund aus dem KZ – Erinnerung, Kunst & Menschenwürde. Projektmappe für den fächerübergreifenden Unterricht. Berlin, Metropol Verlag 2012.

Peter Martin Thomas/ Marc Calmbach (Hrsg.): Jugendliche Lebenswelten. Perspektiven für Politik, Pädagogik und Gesellschaft. Heidelberg, Spektrum Akademischer Verlag 2013.

Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie (RAA) Mecklenburg-Vorpommern: Das Kompetenzzentrum „Service-Learning – Lernen durch Engagement (LdE)“. Mehr zum Netzwerk und seinen Aktivitäten unter folgendem [Link](#).

### Über die Autorin

Dr. Constanze Jaiser,  
Literaturwissenschaftlerin und Theologin,  
ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Agentur  
für Bildung, freie Mitarbeiterin an der  
Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz  
und seit Sommer 2016 als Projektleiterin bei  
der RAA Mecklenburg-Vorpommern mit dem  
Projekt „ZeitLupe - Stadt.Geschichte & Erinnerung“. Ihre Forschungsschwerpunkte sind  
biographisches Erinnern, kreative Vermittlungs-  
formen zur Geschichte von Nationalsozialismus  
und Holocaust sowie europäische Gedenkstättenpädagogik und Menschenrechtsbildung.

### NS-Geschichte in brandenburgischen Museen. Der brandenburgische Museumsverband forscht nach den Ursachen eines Defizits

Von Susanne Köstering

Im Land Brandenburg gibt es fast 400 Museen: Stadt- und Regionalmuseen, Technik- und Industriemuseen, Museen für Kunst, Kultur und Literatur, Schlösser, Burgen, Museen für Zeitgeschichte und Gedenkstätten. Die Entwicklung der brandenburgischen Museen gibt im Großen und Ganzen Anlass zur Freude: In den letzten 25 Jahren haben fast alle Museen ihre Dauerausstellungen erneuert. Sie präsentieren sich in neuem Glanz. Die Museen entdecken neue Themen und finden neue Formen, die jeweilige Lokalgeschichte zu erforschen und zu zeigen. Insbesondere die Zeitgeschichte der DDR bekommt mehr Raum als vorher.

Im Vergleich mit der Darstellung der Geschichte der DDR kommt jedoch die des Nationalsozialismus häufig zu kurz. Die entsprechenden Ausstellungsbereiche sind oftmals klein oder fehlen sogar ganz. Manchmal fällt es gar nicht auf, dass die NS-Geschichte fehlt, zum Beispiel, wenn eine Ausstellung nicht nach Zeitabschnitten, sondern nach Themen gegliedert ist. Die Darstellungen selbst erscheinen vielfach formelhaft, geradezu schematisch.

### Ursachenforschung

Der Museumsverband will sich mit dieser Lücke nicht abfinden, sondern fragt nach den Ursachen dafür.

Reichten in der Vorbereitungsphase der neuen Dauerausstellungen die Zeit und das Geld nicht, um die NS-Zeit zu erforschen und Quellen und Objekte zu finden? Lag es auch daran, dass die Generation, die diese Zeit noch erlebt hat, inzwischen zu alt ist, um Auskunft zu geben?

Lag es daran, dass die Träger der meist kommunalen Museen und deren Vertreter\_innen in Politik und Verwaltung befürchteten, dass eine ausführliche Darstellung der NS-Zeit im städtischen Museum dem positiven, touristisch nutzbaren Image der Stadt schaden würde?

Zögerten Museumsleiter\_innen manchmal, sich im eigenen Haus mit der NS-Diktatur zu beschäftigen, weil dies ihrer Meinung nach in den Gedenkstätten besser aufgehoben sei?

### Nachwirkungen des verordneten Antifaschismus?

Schließlich stellten wir uns die Frage: Hat das Defizit in der Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus auch etwas mit einem nachwirkenden 'verordneten Antifaschismus' der DDR zu tun? Stehen Museumsleiter\_innen vielleicht vor der Schwierigkeit, eine eigene, neue Haltung zu der Zeit des Nationalsozialismus zu finden? Könnte es sein, dass sie Berührungängste haben, weil man sich in der DDR zwar mit den

Helden des antifaschistischen Widerstands, aber nicht mit den überzeugten Nazis und Mitläufern beschäftigen durfte oder sollte? Hatte man die Befürchtung, missverstanden zu werden, wenn man beispielsweise Objekte mit Nazi-Symbolen im Museum zeigte? Hatte man überhaupt aussagekräftige Dinge im Depot? Hatte man in den letzten Jahren und Jahrzehnten gezielt gesammelt?

Der Museumsverband entschied sich, diese Fragen systematisch anhand von ausgewählten Fallbeispielen zu untersuchen. Gegenwärtige und DDR-zeitliche Ausstellungsbereiche, die die Zeit des Nationalsozialismus am betreffenden Ort zeigen, sollten auf ihre Kernaussagen hin analysiert und verglichen werden. Das war bisher in dieser Form noch nie gemacht worden.

### Erste Schritte

Als erstes haben wir versucht, eine Übersicht darüber zu gewinnen, in wie vielen ostdeutschen Stadtmuseen die NS-Geschichte heute in Dauerausstellungen behandelt wird und in wie vielen dies vor 1989 der Fall war. Wir befragten Museen in Brandenburg, in Sachsen-Anhalt, Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und in Thüringen. 266 von 2.250 ostdeutschen Stadt- und Regionalmuseen haben sich an dieser Umfrage beteiligt.

Aus der hohen Quote derjenigen, die nicht geantwortet haben, lässt sich nicht schließen, dass diese Museen keine NS-Geschichte in ihren Dauerausstellungen zeigen würden, aber natürlich entsteht die Vermutung, dass sie

geantwortet hätten, wenn sie es täten. Der Eindruck eines Defizits blieb bestehen. Daraufhin haben wir im Herbst 2013 zu einer Tagung eingeladen, auf der Museumsleiter\_innen ihre Erfahrungen austauschen konnten, wie sie die NS-Zeit in verschiedenen Stadtmuseen verhandeln.

### Projektpartner

Wir entschieden uns, drei ehemalige Bezirksmuseen in Potsdam, Cottbus und Frankfurt (Oder) zu untersuchen und zum Vergleich drei Kreis- bzw. Stadtmuseen: in Brandenburg an der Havel, in Fürstentum und in Luckenwalde. Diese sechs Museen waren unsere wichtigsten Projektpartner. Sie hatten oder haben teilweise umfangreichere Ausstellungsbereiche zum Nationalsozialismus, besaßen alte und neue Drehbücher, Fotos, persönliche Erinnerungen, und vor allem: Die Museumsmitarbeiter\_innen wollten mitmachen.

Zwei Forschende, ein Ethnologe und eine Literaturwissenschaftlerin machten sich auf den Weg durch die Museen, studierten Ausstellungskonzeptionen, -themen und Fragestellungen, widmeten sich der Objektauswahl und -kontextualisierung, analysierten Ausstellungstexte und suchten nach Hinweisen auf Besucherreaktionen. Der Ethnologe befragte ehemalige Museumsmitarbeiter\_innen, die die DDR-zeitlichen Ausstellungen erarbeitet hatten, nach ihren Zielen und Handlungsspielräumen. Die Literaturwissenschaftlerin fotografierte die Ausstellungen und entlockte ihnen ihre Kernaussagen.

Im Frühjahr 2016 waren beide so weit, ihre vorläufigen Ergebnisse vorzustellen. An zwei Auswertungsworkshops nahmen alle Projektbeteiligten teil, also Leiter\_innen bzw. Mitarbeiter\_innen der untersuchten Museen, Ausstellungskurator\_innen und -gestalter\_innen. Die teilweise sehr lebhaften Diskussionen ermöglichten spannende Einblicke in die Entstehung der Ausstellungen. Zum Abschluss präsentierten wir die Ergebnisse auf einer öffentlichen Tagung im September 2016 in Potsdam.

### Ergebnisse

Die DDR-zeitlichen Antifa-Ausstellungen, die wir untersuchen konnten, stammten aus den 1970er und 1980er Jahren. Sie ähnelten sich in Hinsicht auf die Kernaussage: Der Faschismus bildet die Extremform des Kapitalismus, aber der Kommunismus besiegt ihn am Ende. Die Haupttexte der Ausstellungen transportierten diese Botschaft. Die Darstellungen der örtlichen Verhältnisse und Geschehnisse unterschieden sich aber sehr stark voneinander. Die Museen in Brandenburg an der Havel, Frankfurt an der Oder und Potsdam hatten sich intensiv mit vielfältigen Aspekten der NS-Geschichte auseinandergesetzt. Sie zeigten nicht nur kommunistische Widerstandskämpfer, sondern auch Sozialdemokraten, Christ\_innen oder andere. Euthanasie und Judenverfolgung nahmen breiten Raum ein. Dafür hatten sie viele Objekte gesucht und Zeitzeugen befragt. Das Potsdam Museum stach in Hinsicht auf eine aufwändige Ausstellungsgestaltung deutlich hervor, gefolgt vom Stadtmuseum in Brandenburg

an der Havel, das mit deutlich weniger Geld ebenfalls eine anspruchsvolle Ausstellung verwirklichte.

Unter den gegenwärtigen Ausstellungen fallen zwei besonders intensiv bearbeitete Ausstellungen auf: die des Heimatmuseums Luckenwalde und die des Stadtmuseums in Fürstenberg an der Oder. Ihre Museumsleiter\_innen und Kurator\_innen haben keine Mühen gescheut, Geschichten aus der Zeit 1933 bis 1945 auszugraben.

Die Vermutung, dass sich die Geschichte des Nationalsozialismus nicht mit neuen Geschichten und Objekten zeigen lassen würde, hat sich also als nicht richtig erwiesen.

Sowohl das Heimatmuseum Luckenwalde als auch das Stadtmuseum in Fürstenberg, in geringerem Umfang auch Fürstenwalde, zeigen in ihren Ausstellungen die Geschichten von Zwangsarbeiterlagern und KZ-Außenlagern. Sie delegieren diesen Teil der NS-Geschichte also nicht an Gedenkstätten. Damit bekommen sie Kontakte zu einstigen Häftlingen und deren Familien, verfügen über Dokumente und Objekte. Wir schließen daraus, dass es auch Stadtmuseen möglich ist, solche Aspekte selbst zu zeigen.

Die These, dass der „verordnete Antifaschismus“ der DDR heute als Hemmnis nachwirkt, sich intensiv mit der Zeit des Nationalsozialismus zu befassen, erwies sich als zu pauschal.

Denn erstens: Die Ausstellungen der 1970er und 80er Jahre erschöpften sich nicht in ideologischen Aussagen. Es gab in den 1980er Jahren

Museumsmitarbeiter\_innen, die sich dem Druck beugten, die Geschichte der siegreichen antifaschistischen Arbeiterklasse im Museum zu präsentieren, und politisch gewollte Ausstellungen ohne Tiefe produzierten.

Aber es gab andere, die sich intensiv auf dieses Thema einließen, die ihre Handlungsfreiheit bis an die Grenzen ausreizten und hochwertige Ausstellungen hinterließen. Entsprechend unterscheiden sich bis heute die in den Museen vorhandenen Objektsammlungen, Dokumente, Zeitzeug\_innenbefragungen.

Zweitens: Inzwischen sind längst andere Museumsleiter\_innen im Amt. 1989/90 wurden viele Museumsleiter\_innen abgesetzt. Nicht immer rückten gute Mitarbeiter\_innen, die sich bewarben, nach. Viele wissenschaftliche Mitarbeiter\_innen verloren ihre Stellen. Sammlung und Forschung lagen brach. Die Voraussetzungen für neue Ausstellungen waren schwierig. Die Übergangsphase der 1990er Jahre muss erforscht werden, um heute wirkende Nachwirkungen aus der DDR zu fassen.

Drittens: Was in einem Museum gezeigt wird, bestimmen nicht allein die Museumsleiter\_innen. Die Öffentlichkeit wirkt daran erheblich mit. Wenn man also die Nachwirkung eines ‚verordneten Antifaschismus‘, zum Beispiel die Nichtbetrachtung der örtlichen Nazis und Mitläufer\_innen, in ihrer Wirksamkeit bis heute untersuchen und verändern will, dann muss man sich auch mit dem

Umfeld des Museums auseinandersetzen. Dazu gehören dann auch Einstellungen von Kommunalvertretern, die ein geschöntes Bild ihrer Stadt im Museum sehen wollen.

### Ausblick

Wir hoffen, dass das Projekt allen Projektbeteiligten nicht nur für das Nachdenken über das eigene Tun, sondern auch für die zukünftige Weiterentwicklung ihrer Dauerausstellungen Anregungen gegeben hat. Möge es darüber hinaus Museen – ob in West- oder Ostdeutschland – motivieren, ihre eigenen Ausstellungen und Vermittlungsangebote immer wieder selbstkritisch zu reflektieren und weiterzuentwickeln. Denn letztlich bleibt jede Betrachtung ostdeutscher Museen einseitig, solange nicht der Vergleich mit westdeutschen Museen gezogen wird.

### Anmerkungen

Der brandenburgische Museumsverband hat die Aufgabe, Museen, deren Träger und Förderer fachlich zu beraten und die Museumsarbeit konzeptionell zu unterstützen. Neben anderen Formen der Qualifizierung wie Weiterbildungsangeboten oder Netzwerken initiiert er gemeinsame Projekte, an denen sich Museen beteiligen. Einen Schwerpunkt bilden Projekte zur Erforschung und Vermittlung der Zeitgeschichte.

Die Bundesstiftung Aufarbeitung und die Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft unterstützten das Projekt des brandenburgischen Museumsverbandes „Entnazifizierte Zone? Darstellung der

NS-Geschichte in ostdeutschen Stadtmuseen vor und nach 1989/90“ finanziell, und das Zentrum für Zeithistorische Forschung steuerte Wissen über die Geschichte der DDR bei.

### Literatur

Museumsverband Brandenburg (Hg.), „Entnazifizierte Zone? Zum Umgang mit der Zeit des Nationalsozialismus in ostdeutschen Stadt- und Regionalmuseen“, Transcript, Bielefeld 2014. [Tagungspublikation 2013]

Museumsverband Brandenburg (Hg.), NS-Geschichte im Museum – jenseits und diesseits der Wende, Museumsblätter. Mitteilungen des brandenburgischen Museumsverbandes, Heft 29 (2016). [Tagungspublikation 2016]

#### Über die Autorin

Dr. Susanne Köstering hat in Kassel und Berlin Sozialpädagogik und Geschichte studiert und in zahlreichen Forschungs- und Ausstellungsprojekten gearbeitet.

Seit 2002 ist sie Geschäftsführerin des brandenburgischen Museumsverbandes.

### Unentdeckte Täterschaften. Nicht Hitlers Hunde, Frauen und Kameraden, sondern Täterschaft in meiner Hood.

#### Historisch-politische Lokalgeschichte zur Täterschaft im Nationalsozialismus

Von Kathrin Krahl

„Ich finde nicht schön, daß Hitler die Juden umgebracht hat. Jeder von Ihnen verdient unser Mitleid.“ Das hinterließ eine Neuntklässlerin im Gästebuch einer Ausstellung. ‚Wieso Hitler? Dein Opa!‘, schrieb ein anderer Besucher in Verkürzung des landläufigen Täterdiskurses dahinter.“

Dieser Artikel diskutiert das Spannungsfeld zwischen den global bekannten Täter\_innen des Nationalsozialismus und der unsichtbaren lokalen Täterschaft in der eigenen Stadt, dem eigenen Dorf. Anders als im Historienfilm nach Art von Dokumentationen wie „Hitlers Helfer“ sind in Lokalrecherchen die kleinen und großen unentdeckten Täterschaften zentral – Nachbar\_innen, Bürgermeister\_innen, Bauern und Bäuerinnen, Polizei und KZ-Außenlager-Personal.

Der Fokus in der historisch-politischen Bildungsarbeit verschiebt sich seit einigen Jahren von der Erforschung der Biografien der verfolgten und ermordeten Jüdinnen und Juden hin zur Erforschung und Diskussion von Täterschaft. Das ist keine Abwendung von den Verfolgten und Opfern, sondern dient einer kritischen Auseinandersetzung

mit denen, die Verfolgung anstifteten. Da die Verfolgten nahezu aller Rechte und individuellen Entscheidungen beraubt wurden, kann anhand ihrer Biografien über individuelle Handlungsspielräume nur sehr schwer diskutiert werden. Daher scheint es mehr und mehr wichtig, die Täter\_innen zu erforschen und anhand ihres Handelns politische Meinungsbildungsprozesse zu diskutieren, die zu Verfolgung, Bereicherung, Gleichgültigkeit bis hin zum Widerstand führten. Das Ziel eines historischen Verstehens meint keineswegs, Verständnis für Täter\_innen zu entwickeln. Wenn wir die gesamtgesellschaftliche Struktur des eliminatorischen Antisemitismus begreifen wollen, wie es zu den nationalsozialistischen Verbrechen gekommen ist, muss die Betrachtung der Täter\_innen Eingang in die Auseinandersetzung finden. Denn sie, nicht die Verfolgten, haben die Entscheidungen getroffen, die zu millionenfachem Mord führten.

Lokale Täterforschung untersucht, welche ansässigen Institutionen, welche lokal gelebten Ideologien und welche Bedingungen die Täter\_innen vorfanden, um den Mord an den europäischen Jüdinnen und Juden zu vollstrecken. Zentral sind dabei gerade die Taten, die in Ausbildung und Beruf eingebettet waren, da dort die Schaltzentralen von der Diskriminierung bis zum Mord lagen - von der Erfassung von Menschen, die als Jüdinnen und Juden kategorisiert wurden, in den Ämtern bis zu den Deportation in die Vernichtungslager durch Mitarbeiter\_innen der Reichsbahn. Wie befreie ich mich von der in vielen Arbeitsprozess

angelegten instrumentellen Verstrickung in Verbrechen? Wie und warum funktioniert ein Mensch wie Adolf Eichmann, der nicht fragt, ob Menschen zu deportieren sind, sondern wie es logistisch am besten zu bewerkstelligen ist? Das sind Fragen, die auch lokalgeschichtlich relevant sind.

Das Erarbeiten und Diskutieren eines Spektrums von Abweichung von der Mehrheit ist ebenfalls Teil der Betrachtung- ein störrischer Bauer, der Ausgrenzung nicht versteht, eine Chorleiterin, die das jüdische Kind nicht aus dem Chor verbannt, ein Bäcker, der jüdische Nachbarn versorgt und später versteckt.

### **Nationalsozialistische Täterschaft gewinnt mit der Adresse in der eigenen Stadt merklich an Konturen**

„Hier, in meiner Stadt, gab es Ausgrenzung und Stigmatisierung, hier gabs mal ein KZ-Außenlager, hier gab es Zwangsarbeit und Deportationen, hier passierten Todesmärsche!“, so die Erkenntnisse aus der Lokalgeschichte. Die Shoah ist Teil der Menschheitsgeschichte, und Menschen haben dieses Verbrechen anderen Menschen angetan. Daher untersucht die Täterforschung konkrete Handlungsentscheidungen der Menschen während des Nationalsozialismus. Die Tat, die Handlung und die Vollstreckung, steht im Mittelpunkt. Denn die Shoah war möglich, weil einzelne Menschen an allen Orten mit ihren Entscheidungen und Handlungen gemeinsam die Bedingungen für die Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden geschaffen haben. Daher bedarf es

der Auseinandersetzung mit der Vielschichtigkeit der Tat(en). Die Täterschaft definiert sich aus der Abgrenzung zu den Handlungen der anderen Akteur\_innen, die sich nicht an der Verfolgung der Jüdinnen und Juden beteiligt haben, Menschen, die Widerstand geleistet oder geholfen haben.

Für die Praxis heißt das, unterschiedliche Biografien in der Lokalgeschichte ausfindig zu machen. Jede Biografie steht somit für ein Tat- und Handlungsmotiv. Zentral ist dabei, auf die individuellen Möglichkeiten der\_des Einzelnen hinzuweisen. Lokalgeschichte ist hier ein wichtiger Träger, ehemalige Verfolger\_innen wie Verfolgte haben eine Adresse in der eigenen Stadt.

### **Täterschaft wird am deutlichsten über Unterlassung, Widerstand und Hilfe, also über die Ausnahmehandlungen Weniger**

Die Orientierung an der konkreten Handlung lokaler Akteur\_innen fokussiert eine einzelne Tat; anhand der Tat kann deren Beurteilung stattfinden. Folgende Gruppen von Akteur\_innen bieten sich für eine ausdifferenzierte Betrachtung an: Täter\_innen, Verfolgte und Ermordete, Gerechte unter den Völkern und Widerständler\_innen. Jeder Typ repräsentiert eine Entscheidungsweise und untersucht somit ein Tat- und Handlungsmotiv. Mit dem Idealtyp oder Phänotyp der Täterschaft sind jene gemeint, die sich pro-aktiv am Nationalsozialismus beteiligt haben, Mitglieder der SS, SA und NSDAP-Größen. Sie können als überzeugte ideologische Täter\_innen begriffen werden.

Häufig handelt es sich um Bürgermeister und lokale NSDAP-Mitglieder. Die Schreibtäterschaft beschreibt die im Beruf befindlichen Verbrecher\_innen, z. B. Menschen, die sich an der Registrierung, dem Ausschluss aus der Schule, Verfolgung am Reißbrett und nach Gesetz beteiligt haben. Auf diese Personen stoßen wir in Behörden, Schulen, Universitäten und Ämtern. Täter\_innen der Stadt-/Dorfgesellschaft sind meist anonyme Protagonist\_innen der antisemitischen Ausgrenzung, der Schikane, des Raubes und des vermeintlichen Wegsehens. Ihre Taten ermöglichen die Alltäglichkeit der Verfolgung und normalisieren das Verbrechen. Die Betrachtung von Täterschaft bedarf der Kontrastierung durch jene Menschen, die sich keines Verbrechens schuldig gemacht haben. Das Spektrum umfasst hier jene, die verfolgt wurden, und alle, die sich den Verbrechen versagt haben. Ihre Biografien geben der Täterschaft Konturen.

Die Biografien von Gerechten unter den Völkern und Widerständler\_innen sind insofern wichtig, als sie zeigen, dass die Gesellschaft nicht unveränderbar ist. Weil der Nationalsozialismus kein Hochwasser oder eine Umweltkatastrophe war, hat jede und jeder ihren\_seinen Teil für oder gegen diese Art von Gesellschaft geleistet. Die Biografien der Widerständigen und Gerechten sind in der Lage, ein Role-Modell zu stiften und der Urteilsfindung zu dienen. Der\_die Gerechte\_r unter den Völkern ist ein in Israel eingeführter Ehrentitel für nichtjüdische Personen, die während des Nationalsozialismus ihr Leben einsetzten, um Jüdinnen

und Juden vor der Ermordung zu retten. Sie zeigen, was die meisten Menschen versäumt haben, den mutigen Einsatz für eine andere Person. Der damit veranschaulichte Kontrast setzt das Handeln der Mehrheit in ein anderes Licht und zeigt ungenutzte Spielräume auf. Die Widerständler\_innen entlarven das Sprechen über „man konnte ja nichts tun“ als falsch. Lokaler Widerstand von Anarchist\_innen, Rom\_nja und Sint\_etze, Kommunist\_innen, Jüdinnen und Juden und Intellektuellen uvm. zeigt die Handlungsspielräume des Individuums.

### In die lokale Gegenwart

Die historische Beschäftigung mit der Shoah bleibt ein wichtiger Ausgangspunkt für die historisch-politische Bildungsarbeit, weil das Erinnern an die Ermordeten und Verfolgten noch immer keinen Eingang in unsere Alltäglichkeit gefunden haben. Zu wenig bekannt und markiert ist die Geschichte über die ermordeten jüdischen Nachbar\_innen und die im Ort verfolgten Jüdinnen und Juden aus Europa. Meist Jugendliche versuchen diese Lokalgeschichte zu recherchieren und in ihrem eigenen Wirken in der Gegenwart, für die Verfolgung Verantwortung zu übernehmen - nicht für eine Nation oder eine Generation, sondern für ihren unmittelbaren Nahraum: die Schule, die Straße, das Schwimmbad, die Kommune. Das Bemühen um die Biografien, diese Lebensfragmente, zeugt vom Bedürfnis, den Verfolgten einen Platz in der Gegenwart einzuräumen.

Der Beschäftigung mit dem Gestern folgt ein Heute: Debatten um die Umbenennung

### Literatur

von lokalen Plätzen nach Verfolgten und Ermordeten der Shoah, die Markierung der Verbrechen in den Kommunen sowie das Sichtbarmachen der Verbrechen des Nationalsozialismus zum Ausgangspunkt von politischem Handeln zu machen. Denn die Geschichte der deutschen Täterschaft hat auch eine Gegenwart: Es gibt eine Vielzahl an Forderungen Verfolgter und deren Angehöriger, denen sich angeschlossen werden kann - Restitution des ehemaligen und geraubten Vermögens und der Kunst, medizinische Versorgung und Unterhaltszahlungen für die Überlebenden, die teilweise in ärmlichsten Verhältnissen leben müssen, Kompensation für geleistete Zwangsarbeit etc.

Die Dauerschleife im Fernsehen, auf den Spiegel-Covern und im Internet zu „Hitlers Helfern“ kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine wirkliche Auseinandersetzung mit der Tat, dem Zivilisationsbruch noch aussteht. Die Auseinandersetzung um lokale Täterschaft bringt die nationalsozialistische Geschichte vor die eigene Haustür, da, wo vielerorts wieder rechte Einstellungen zum Mainstream werden. Lokale Täterforschung provoziert die Selbstbefragung im Angesicht von rassistischer und antisemitischer Gewalt und rechtem Terror: Welche Rolle will ich übernehmen, die des Mittuns oder die des Widerstands und der Gerechtigkeit?

Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg & Weiterdenken - Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen (Hg.): Ortsbegehung: Erfahrungen und Ergebnisse zur lokalen Auseinandersetzung mit Shoah und Täterschaft, 2015.

Oliver von Wrochem (Hg.) / Christine Eckel (Mitwirkende): Nationalsozialistische Täterschaften: Nachwirkungen in Gesellschaft und Familie (Reihe Neuengammer Kolloquien), 2016.

Nina Schulz / Elisabeth Mena Urbitsch: Spiel auf Zeit. NS-Verfolgte & ihre Kämpfe um Anerkennung & Entschädigung, 2016.

Hilmar Sack: Gebt Hitler nicht Eure Telefonnummer – Eine Rückschau auf die Ausstellung Holocaust, in: Ästhetik und Kommunikation, Heft 122/123, 34. Jahrgang, 2003.

Florian Wenninger: Die Wohnung des Rottenführers D. Über Opferfokus und Täterabsenz in der zeitgeschichtlichen Vermittlungsarbeit, in: Hilmar, Till: Ort, Subjekt, Verbrechen. Koordinaten historisch-politischer Bildungsarbeit im Nationalsozialismus, 2010.

Raul Hilberg: Täter, Opfer, Zuschauer: Die Vernichtung der Juden 1933-1945, 1997.

#### Über die Autorin

Kathrin Krahl ist Soziologin und Mitarbeiterin bei Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen im Projekt „RomaRespekt“. Sie forscht, publiziert und organisiert Ausstellungen, Bücher und Seminare zu Rassismus, Antiromaismus, Shoah, Geschlecht und Urbanität. Sie hat drei Jahre Täterforschung mit Jugendlichen im Projekt „ORTSBEGEHUNG – Stadtrecherchen zu Shoah und Täterschaft“ betrieben.

### Dresden 1936 - Techniken institutionalisierter Verfolgung von Sint\_ezze und Rom\_nia

Von Michael Möckel & Claudia Pawlowitsch

„Vergangenes historisch artikulieren, heißt nicht, es erkennen ‚wie es denn eigentlich gewesen ist‘. Es heißt, sich einer Erinnerung bemächtigen, wie sie im Augenblick der Gefahr aufblitzt.“ [Walther Benjamin, Über den Begriff der Geschichte]

Die jahrhundertelange Diskriminierung und Verfolgung von Sint\_ezze und Rom\_nia wurde in der Zeit des Nationalsozialismus in einen staatstragenden Rassismus transformiert. Dabei kam es zu einer Verschränkung projektiver sozialer, biologischer und politischer Elemente. Am Beispiel einer lokalhistorischen Quelle des Dresdner Wohlfahrts-polizeiamtes zur „Gewerbepolizeilichen Überwachung von Zigeunern“ von 1936 aus dem Stadtarchiv können diese Elemente illustriert werden.

#### Material

Am 24. September 1936 erhielten die Kreishauptleute von Dresden und Bautzen eine Verordnung zur „Gewerbepolizeilichen Überwachung von Zigeunern“. Der Absender dieses Schreibens war der Präsident des sächsischen Landeskriminalamtes Friedrich Johannes Palitzsch. Im Kern dieser Verordnung ging es darum, die Ausstellung von Wandergewerbescheinen an „Zigeuner“ zukünftig zu verhindern. Er riet den Sachbearbeiter\_innen der Gewerbeämter

und „nachfolgenden Polizeibehörden“, mit „größter Vorsicht und Peinlichkeit Zigeunern gegenüber zu verfahren“. „Polizeiliche Ermittlungen“, so Palitzsch, hätten ergeben, dass sich unter ihnen „zahlreiche kriminelle und staatsfeindlich eingestellte Elemente befinden (Diebe, Betrüger, Devisenschieber, Übermittler von Hetz- und Schmähschriften [...] und Greulnachrichten usw.)“

Als offizielle „Versagensgründe“ galten mangelnde Schreib- und Lesekenntnisse, der fehlende Nachweis über ein erlerntes Gewerbe, die ungeklärte Staatsangehörigkeit, einen Eintrag in das Strafregister oder „ekelerregende Krankheiten“. Deswegen mussten die Antragsteller\_innen dem Gewerbeamt ein Gesundheitsattest vorlegen. Konnten die Beamten die Ausstellung nicht verhindern, sollten sie es nicht „versäumen“, einen „Zigeunervermerk“ im Wandergewerbeschein zu hinterlassen. Palitzsch wies die Sachbearbeiter\_innen mit „besonderem Nachdruck darauf hin, [...] daß die Antragsteller darauf zu prüfen sind, ob sie ihrem Aussehen und den Rassemerkmalen nach als Zigeuner anzusprechen sind.“ Im Zweifelsfall könne auch auf die 10.000 Karteikarten umfassende „Zigeunerkartei“ des Landeskriminalamtes zurückgegriffen werden. Falls sich die Antragsteller\_innen der Etikettierung widersetzt- und die „Zigeunereigenschaft“ bestritten hätten, wären die entsprechenden Akten dem Reichstatthalter, dem Ministerium des Inneren, dem Landeskriminalamt und der Landesregierung zur Prüfung gekommen. Zudem leitete Palitzsch diese Verordnung

zur Amtshilfe an die örtlichen Polizeireviere weiter. (StADD: 2.3.27-8, fol.35r/v.)

### Bruchstück 1 - historische Verweise und institutionelle Markierungen

Die vorliegende Verordnung ist eine Momentaufnahme der systematischen Diskriminierung von Sint\_etze und Rom\_nia, die seit der Reichsgründung 1871 immer weiter ausgebaut wurde. Sie wurden einer Vielzahl von Verordnungen und Bestimmungen, besonders aber polizeilichen Maßnahmen wie Überwachung, Registrierung und Erfassung unterworfen. Schon 1899 befasste sich die in München eingerichtete „Zigeunerzentrale“ mit der Erfassung und Überwachung von Sint\_etze und Rom\_nia. Das Reisen in „Horden“ wurde verboten, der Lagerplatz wurde zugewiesen und es gab die Pflicht, sich auszuweisen. Dazu zählte auch der „Zigeunervermerk“ in den Wandergerbescheinen.

Seit Beginn des 20. Jahrhunderts erweiterte sich die polizeiliche Registrierung auch auf die Abnahme von Fingerabdrücken und Lichtbildern. (Hanschcow 2008:258) Die genannten Maßnahmen gingen einher mit Vertreibung und Kriminalisierung. (Fings 2008:274) Eine „nichtsesshafte Lebensweise“ war noch der häufigste Grund für eine Strafverfolgung, die neben der genannten Abschiebung Geld- und Gefängnisstrafen sowie die Fürsorgeerziehung von Kindern zur Folge haben konnte. (Hanschcow 2008:259) In der Weimarer Republik wurde die staatliche Verfolgungspraxis fortgeführt und systematisch verschärft

(Hanschcow 2008:260) und formalrechtlich in den behördlichen Kontext verankert– wie beispielsweise im bayerischen Gesetz zur „Bekämpfung von Zigeunern, Landfahrern und Arbeitsscheuen“ von 1926. (Fings 2008:275)

Die Dresdner Verordnung verdeutlicht ebenso die Einbettung der Diskriminierung in einen behördlichen Kontext mit der Absicht, die Sint\_etze und Rom\_nia von gesellschaftlicher Teilhabe und Reproduktionsmöglichkeiten, wie Lohnarbeit auszuschließen. Entweder wurden die Anträge auf Wandergewerbescheine mit Verweis auf die „offiziellen“ Versagensgründe nicht ausgestellt oder in denunziatorischer Absicht mit dem „Zigeunervermerk“ markiert. Diese Etikettierung reichte aus, um anderen Behörden, wie der Polizei, Handlungsspielräume zu eröffnen, um gegen jene Menschen vorzugehen.

### Bruchstück 2 - institutioneller Rassismus und Volksgemeinschaft

In der Verordnung spiegelt sich die rassistische Dimension des antiziganistischen Stigmas wider, die im Nationalsozialismus endgültig in den Vordergrund trat und maßgebend für die Volksgemeinschaft war. (Meuser 2014:119; Fings: 2008:275) Vor allem in der Aufforderung zu einer Überprüfung der Antragsteller\_innen auf „Aussehen“ und „Rassenmerkmale“ offenbarte sich das rassistische Moment der behördlichen Praxis.

Inwieweit sich dieser Rassismus im Nationalsozialismus institutionalisierte, lässt sich am Beispiel der Stadt Dresden, in der Verschränkung von rassistischer Forschungs- und Bildungslandschaft nachweisen. Für sächsische Lehrer\_innen wurde beispielsweise ab 1933 ein „Rassepflege und Rassekundeunterricht“ im Hygienemuseum angeboten. (StADD: 2.3.20 - 1323, fol.1r, 14r). Schon 1934 wurde das so genannte „Sippenamt“ gebildet und im gleichen Jahr erhielt das Johannstädter Krankenhaus eine rassebiologische Forschungsstelle. Des Weiteren wurde 1935 im Dresdner Stadtgesundheitsamt eine Abteilung für „Erb- und Rassenpflege“ gegründet, deren Aufgabe es war, die „erbbiologischen“ familiären Hintergründe von Bürger\_innen auszuspionieren. In diese „Sippenforschung“ war auch die Kriminalpolizei mit einbezogen. (StADD: 2.3.13223, fol.62r)

Hier schließt sich der Kreis zur Verordnung der „Gewerbepolizeilichen Überwachung von Zigeunern“. Die oben angeführte Forderung nach einem „Gesundheitsattest“ zur Verhinderung „ekelerregender Krankheiten“ knüpft an „rassehygienischen Vorstellungen“ an und transportiert dabei das Bild der „Zigeuner“ als „triebhaft, antizivilisatorische und schamlos-schmutzig Menschen“; als Antithese einer imaginierten „reinrassigen Volksgemeinschaft“. (Bogdal 2011:313) Dieses Denken führte zu einer staatlichen Ausgrenzungspolitik mit mörderischer Konsequenz. Sint\_ezze und Rom\_nia erhielten kaum einen Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen, sondern wurden darüber

hinaus in „Zigeunerlager“ verschleppt und schließlich in Vernichtungslagern ermordet.

### Bruchstück 3- Sprache der Institution

An dieser Stelle soll noch einmal thematisiert werden, was bisher nur implizit eine Rolle gespielt hat: Wie wurde der Ausschluss in der Verordnung „Gewerbepolizeiliche Überwachung von Zigeunern“ über den Sprachgebrauch vermittelt? In der stark formalisierten und scheinbar objektiven Behördensprache wurden die Antragsteller\_innen als „kriminelle Elemente“ etikettiert, was einer Entmenschlichung und umfassenden Entrechtung das Wort redete. Der imperative Stil der Verordnung suggeriert in Kombination mit Übertreibungen eine Gefahr, die den nationalsozialistischen Behörden der Feindbestimmung diene und damit die Gegenwehr „legitimieren“ sollte. (StADD: 2.3.27-8, fol.35r/v) So legte Palitzsch den Sachbearbeiter\_innen „mit besonderem Nachdruck“ nahe, dass sie „einen schärferen Maßstab“ anlegen und „mit größter Vorsicht und Peinlichkeit“ bei der Ausstellung der für Sint\_ezze und Rom\_nia so existenzsichernden Wandergewerbescheine verfahren sollten. In der Verordnung des Dresdner Gewerbeamtes lässt sich eine institutionelle Praxis der Diskriminierung von Sint\_ezze und Rom\_nia nachweisen. Diese Praxis verschärfte sich bis 1945 zusehends. Über widerständiges Verhalten von Sachbearbeiter\_innen gegen diese Verordnung oder anderen Anweisungen ist nichts bekannt; genauso wenig über ihre Opfer.

### Quellen- und Literatur

StADD: 2.3.27-8, fol.35r/v.

Benjamin, Walter: Zur Kritik der Gewalt und andere Aufsätze. Mit einem Nachwort von Herbert Marcuse, Frankfurt am Main 1978.

Bogdal, Klaus-Michael: Europa erfindet die Zigeuner. Eine Geschichte von Faszination und Verachtung, Berlin 2011.

Fings, Karola: Rasse: Zigeuner. Sinti und Roma im Fadenkreuz von Kriminologie und Rassenhygiene 1933-1945. In: Zigeuner und Nation. Repräsentation – Inklusion – Exklusion, Frankfurt am Main 2008.

Hanschcow, Juliane: Etikettierung, Kriminalisierung und Verfolgung von „Zigeunern“ in der südlichen Rheinprovinz zur Zeit des Kaiserreichs und der Weimarer Republik 1906-1933, in: Zigeuner und Nation. Repräsentation – Inklusion – Exklusion, Frankfurt am Main 2008.

Krahl, Kathrin; Meichsner Antje (Hg.): Viele Kämpfe und vielleicht einige Siege. Texte zu Antirromanismus und historische Lokalrecherchen zu und von Roma, Romnja, Sinti und Sinteze in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Tschechien, Dresden 2016.

Meuser, Maria: Vagabunden und Arbeitsscheue. Der Zigeunerbegriff der Polizei als soziale Kategorie. In: Hund, Wulf D. (Hrsg.): Fremd, faul und frei. Dimensionen des Zigeunerstereotyps, Münster 2014.

#### Über die Autor\_innen:

Michael Möckel ist in Karl-Marx-Stadt geboren. Er ist Historiker und lebt seit 2002 in Dresden.

Claudia Pawlowitsch ist Historikerin und Forstwissenschaftlerin. Sie lebt in Dresden.

### Viele Kämpfe

Von Juliane Niklas

Kathrin Krahl, Soziologin, und Antje Meichsner, Medienpädagogin, beide aktiv im Projekt „RomaRespekt“ und in der Gruppe „Gegen Antirromaismus“, haben ein lange überfälliges Buch herausgegeben, ein Kompendium, das Geschichte und Gegenwart von Sinti und Roma in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Tschechien aufgreift, das über politischen ebenso wie kulturellen Aktivismus berichtet sowie über Verfolgung und Diskriminierung – kurz: über Lebensrealitäten. Auf 254 Seiten schließt das Buch diese Rezeptionslücke und lässt hierfür unterschiedlichste Autor\_innen zu Wort kommen: 39 Autor\_innen, zusätzlich zwei Autor\_innenkollektive mit insgesamt 35 Beiträgen und Interviews. Was die Publikation im Untertitel ankündigt, nämlich „Texte über Antirromaismus und historische Lokalrecherchen zu und von Roma, Romnja, Sinti und Sintezze in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Tschechien“, wird in fünf Schwerpunktkapiteln eingelöst: Aktivismus, Geschichte, Gegenwart, Kunst und Bildung. Bereits in der Inhaltsübersicht wird klar: Das ist ein Buch aus der Praxis, geschrieben von Aktivist\_innen, Künstler\_innen, Kämpfer\_innen, und entsprechend finden sich viele richtige praxisnahe herrschafts- und rassistiskritische Hinweise, Überlegungen und Anknüpfungspunkte.

So stellt Isidora Randjelović das Feministische Archiv „RomaniPhen“ vor und beschreibt dessen Notwendigkeit: Da Sinti und

Roma im mehrheitsgesellschaftlichen Mainstream nicht vorkommen, da Geschichte von Herrschenden geschrieben wird, da Lücken der hegemonialen Geschichtsschreibung geschlossen werden müssen, da Zugänge zu Erzählungen von und über Roma als handelnde Subjekte fehlen, braucht es ein eigenes Archiv.

Hamze Bytyçi greift unter anderem die aktuellen Diskussionen um den Grundsatz des Pressekodexes auf, die ethnische oder nationale Identität von Straftäter\_innen nur dann zu veröffentlichen, wenn diese für das Verständnis des Sachverhalts wichtig ist, und stellt diese in den Zusammenhang mit der Beschwerde des Verbandes der Sinti und Roma darüber, dass die Polizei in Nordrhein-Westfalen bei „bestimmten Kriminalitätsformen“ die „Herkunft der Täter“ erfassen wollte.

Ivana Mariposa Čonková stellt die kritische Frage nach dem Zusammenhang von Bildung und Aktivismus – wie also kann das Empowerment von Einzelnen, zum Beispiel über Stipendien oder Auslandsstudienaufenthalte, auch positive Effekte auf die Community als Ganzes haben, wenn Bildung von einzelnen Personen nicht zum Empowerment einer ganzen Gruppe führt.

In mehreren Beiträgen wird skandalisiert, dass sich am Ort eines früheren KZ („Zigeunerlager Lety“) weiterhin eine Schweinefarm befindet, und Forderungen gerade an deutsche Regierung, hier tätig zu werden, werden laut.

In den zahlreichen Interviews in dem Band stellen Aktivist\_innen die Auslöser und ihre Motivation des Engagements anschaulich dar.

Kristina Wermes führt als praktisches Beispiel Stolperstein-Verlegungen mit Jugendlichen an und gibt Tipps für die Nachahmung und Umsetzung.

Insofern ist die Schwerpunktlegung auf praktische Aspekte und Aktivismus durchaus ein Vorzug des vorliegenden Bandes. Dagegen schwächelt der Band mitunter in der theoretischen Auseinandersetzung und Begriffsdefinition. Überwiegend wird als Beschreibung des hier relevanten Phänomens der Begriff „Antiromanismus“ verwandt, ohne (und nur in einzelnen Fußnoten) auf die Begriffskontroverse einzugehen. Dafür wird lediglich auf einen einzigen online verfügbaren Text verwiesen, dessen Autorin, Isidora Randjelović, jedoch ausdrücklich darauf verzichtet, den Begriff „Antiziganismus“ zu diskutieren (Randjelović: 2014). Bei aller berechtigten Kritik und trotz des Wissens um eine mögliche Triggerwirkung durch die Verwendung des Terminus „Antiziganismus“, macht dieser Begriff dennoch den Projektionscharakter der rassistischen Zuschreibung deutlich. Es geht um die Fremdzuschreibung der Mehrheitsgesellschaft, die einer Minderheit oder einem Individuum unabhängig von der eigenen Verortung oder dem eigenen Zugehörigkeitsgefühl ein „zigeunerhaftes“ Wesen unterstellt (End: 2013). Genau dies macht meines Erachtens der Begriff deutlich, ähnlich wie der Begriff „Rassismus“ die Annahme,

Menschen ließen sich in unterschiedliche „Rassen“ unterteilen, nicht stützt, sondern vehement ablehnt.

Auch der Terminus „Porajmos“ wird in unterschiedlichen Beiträgen verwendet, ohne auf die Kontroverse um den Begriff hinzuweisen. Zwar geht der Begriff auf den Roma-Aktivist Ian Hancock zurück, dennoch gab und gibt es auch aus Roma-Communities linguistische Einwände, weil in einigen Dialekten des Romanes der Begriff als sexuelle Handlung verstanden werden kann (Tcherenkov, Laederich: 2004).

Unter dem Stichwort „Cultural Appropriation“ kritisiert Antje Meichsner, dass Goran Bregović in seinen Filmmusiken Melodien von Rom\_nja adaptierte. Dass Bregović Musik außer seiner eigenen offenbar als Gemeineigentum ansieht und den Komponist\_innen keine Credits zugesteht, mag das Kunsturheberrecht verletzen und bedarf im Zweifel einer juristischen Entscheidung über Anspruch auf Tantiemen. Ist diese Aneignung aber wirklich kulturell oder nicht eher Diebstahl geistigen Eigentums? Überhaupt birgt die Annahme von „Cultural Appropriation“, also „kultureller Aneignung“, die Gefahr, Kultur als essentialistisch zu sehen und impliziert „eine reaktionäre Vorstellung von kultureller Reinheit“ (Hertz: 2016). Weiterhin müsste in einem rassismuskritischen Buch vermieden werden, Einzelne als Vertreter\_innen ihrer „Nation“ oder „Kultur“ anzusehen. So wird die Sinteza-Musikerin Dotschy Reinhardt zitiert, die die Darstellung von Roma in Shakiras Musikvideo zu „Gypsy“ kritisiert:

„Mich stört, dass eine Nicht-Gypsy der Welt erklären möchte, wie eine Sinteza ist. Eine Sinti- oder eine Romnifrau weiß sich immer auch zurückzuhalten. Es ist nicht diese schamlose Art. Sinti sind ein sehr sensibles Volk, auch kein lautes Volk, wie man das immer darstellen möchte, diese wilde Verwegenheit, dieses Feurige, das ist angedichtet.“ Auch wenn Reinhardt Fremdzuschreibungen und Klischees zu Recht kritisiert, tappt sie doch in die Kulturalisierungsfalle, wenn sie ein einheitliches, kulturell geprägtes Verhalten aller Sinti fabuliert. Der gleiche Beitrag widmet sich auch der Band Gogol Bordello um den New Yorker Sänger und Schauspieler Eugene Hütz, die sich selbst als Gypsy-Punk-Band versteht, und wirft die Frage auf: „wieviel ‚Gypsy‘ oder ‚Roma‘ steckt in diesem Punk?“

Meichsner verweist hier auf die „Roma-Wurzeln“ von Hütz, Wikipedia ist da direkter: Hütz sei „1/4 Romani“ (Wikipedia). Menschen sind keine Bruchzahlen und lassen sich nicht als solche darstellen. Die Erfindung des „Voll-, Halb- oder Vierteljuden“ war eine der Nationalsozialisten. Spätestens an dieser Stelle pervertiert der Vorwurf der „Cultural Appropriation“ dann jeglichen Antirassismus: Bis in die wievielte Generation ist die Suche nach den „Wurzeln“ zulässig, um noch in einer Gypsy-Band spielen zu dürfen?

Leider schmälern solche begrifflichen Ungenauigkeiten und die stellenweise fehlende theoretische Auseinandersetzung den Gewinn des Buches. Wird der

Sammelband vor dem Hintergrund dieser Kritik gelesen, bietet die praxisbezogene Herangehensweise jedoch Anregungen für die eigene Auseinandersetzung mit Antiziganismus und für die rassismuskritische Bildungsarbeit.

### Literatur

Krahl, Kathrin / Meichsner, Antje (Hg.) (2016): Viele Kämpfe und vielleicht einige Siege. Dresden. Auch online unter folgendem [Link](#) verfügbar.

Zum Weiterlesen:

Randjelović, Isidora: [Ein Blick über die Ränder der Begriffsverhandlungen um „Antiziganismus“](#).

[Link](#) zum Wikipedia-Eintrag über Eugene Hütz.

Hertz, Anja: Recht hat, wer am unterdrücktesten ist. In: Analyse & Kritik. 16. Februar 2016. Auch online unter folgendem [Link](#) abrufbar.

Zur Begriffsdefinition „Antiziganismus“ siehe auch: End, Markus (2013): Antiziganismus. Zur Verteidigung eines wissenschaftlichen Begriffs in kritischer Absicht. In: Bartels, Alexandra / von Borcke, Tobias / End, Markus / Friedrich, Anna (Hg.): Antiziganistische Zustände 2. Kritische Positionen gegen gewaltvolle Verhältnisse. Münster, S. 39-72.

Zur Kritik am Begriff „Porajmos“ siehe auch: Tcherenkov, Lev / Laederich, Stéphane (2004): The Roma, Band 1: History, Language and Groups. Basel, S. 236.

Über die Autorin:

Juliane Niklas arbeitet beim Bayerischen Jugendring als Referentin für Internationale Jugendarbeit und Schüler\_innenaustausch mit Mittel- und Osteuropa und Israel.

### Sachsen und der Nationalsozialismus

Von Christian Schmitt

Aus heutiger Perspektive, mit den negativen Schlagzeilen der vergangenen Monate im Hinterkopf, mutet es fast schon ironisch an: 1921 gründete sich im sächsischen Zwickau die erste NSDAP-Ortsgruppe außerhalb Bayerns. Wie heute war der Freistaat in den 1920er- und 1930er-Jahren in besonderem Maße von sozialer Spaltung geprägt; nach dem Regierungswechsel zählte Sachsen zu den „wichtigsten regionalen Zentren“ (S. 9) nationalsozialistischer Herrschaft. Dies konstatiert einleitend der Sammelband „Sachsen und der Nationalsozialismus“, herausgegeben neben Weiteren von Günther Heynemann, Direktor des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung und Professor für Neuere Geschichte und Zeitgeschichte an der Universität Leipzig.

#### Aushandlungsprozesse zwischen Herrschaft und Gesellschaft

In Anlehnung an die jüngere NS-Forschung, die (wie die Geschichtswissenschaften im Allgemeinen) zunehmend gesellschaftliche Fragestellungen ins Auge fasst, verfolgen die Herausgeber\_innen das Ziel, „basierend auf den Strukturen politischer Herrschaft die soziale Praxis von Akteuren, die auf der mittleren und unteren Ebene des Herrschaftssystems sowie im regionalen und lokalen Zusammenhang agierten“ (S. 16), darzustellen. Fünf Kapitel machen mit regionalem Schwerpunkt die Verschiedenheit

der sozialen Gruppen im NS-Staat sowie ihre jeweils charakteristischen Handlungsspielräume sichtbar. Dabei geht es nicht nur um Teilhabe und Täterschaft, sondern auch um die Erfahrung von Ausgrenzung, Marginalisierung und Verfolgung. „Aushandlungsprozesse zwischen Herrschaft und Gesellschaft“ (S. 18) sollen auf diese Weise sichtbar gemacht werden.

Nach einem grundlegenden Text zu Forschungsstand und -perspektiven von Regionalgeschichte und NS-Forschung stehen im ersten Kapitel („Herrschaft und Unterdrückung“) zunächst das Wirken der NSDAP im Freistaat und ihre Herrschaftsstrukturen im Mittelpunkt. Stephan Dehn untersucht in einem Beitrag die Propaganda der sächsischen NSDAP im Jahr 1931. Der Autor sieht hier ein Schlüsseljahr, in welchem die NSDAP zwischen dem Durchbruch zur Massenpartei 1930 und dem alles verändernden Wahljahr 1932 „massive [...] regionale Expansionsbestrebungen und verstärkte Ansätze zur Professionalisierung“ (S. 77) unternahm und auf diese Weise eine Vielzahl neuer Unterstützer gewinnen konnte. Diese Entwicklung fußte nicht zuletzt auf der Ernennung Joseph Goebbels' zum Reichspropagandaleiter 1930.

#### Lokale NS-Propaganda zur Durchdringung der Gesellschaft

Waren die ländlichen Gebiete im südwestsächsischen Raum, hier vor allem das Erzgebirge und das Vogtland, früh für die Botschaft der Nationalsozialisten empfänglich, stieß die Bewegung in den

#### NS-Machtübernahme weckte Hoffnungen im Buchhandel

Arbeiterhochburgen wie Leipzig, aber auch in den außerhalb gelegenen Gebieten Sachsens zunächst auf weniger fruchtbaren Böden. Um der NS-Ideologie zu weiterer Expansion zu verhelfen, setzte Goebbels nach seinem Amtsantritt vor allem auf Innovation und Professionalität und legte „besonderen Wert auf den Auf- und Ausbau der Propagandaapparate auf lokaler Ebene“ (S. 79). Dehn zeichnet die Entwicklung der nationalsozialistischen Presse und anderer Medien in Sachsen seit den 1920er-Jahren und damit ihre Wandlung von parteiinterner Propaganda zu einer Massenpropaganda nach.

Anschließend widmet er sich am Beispiel des sächsischen Gaupropagandaleiters Arthur Schumann den „partei-offiziösen“ NS-Propagandisten. Schumann trieb im Sinne Goebbels' die „gesellschaftliche Durchdringung der nationalsozialistischen Propaganda“ (S. 86) voran und verlangte von den „lokalen Propagandaeinheiten unermüdliche Kleinarbeit“ (S. 86), wozu fortan in besonderer Weise die Sabotage der Arbeit von KPD und SPD zählen sollte.

Im Wirken Goebbels' und Schumanns im Jahr 1931 sieht Dehn einen entscheidenden Faktor für die „Professionalisierung von Arbeit und Organisation“ (S. 89) der örtlichen Propaganda und damit auch für die Durchdringung der sächsischen Gesellschaft über die eigene Wählerschaft hinaus.

Kapitel Zwei trägt den Titel „Teilhabe und Täterschaft“, womit es ein ähnliches Feld bearbeitet wie die diesjährige Oktoberausgabe des LaG-Magazins. Dieser Abschnitt zeigt in besonderem Maße, „dass Individuen nicht nur in einer [...] Beziehung zur NS-Gesellschaft standen, sondern sie tatsächlich bildeten“ (S. 18). Die Beiträge betrachten unter anderem die Rolle universitärer Einrichtungen für die Herrschaftssicherung der Nationalsozialisten und das Handeln von Angestellten sächsischer „Euthanasie“-Anstalten.

Im darauf folgenden Kapitel „Anpassung und Abgrenzung“ untersucht Thomas Keiderling die Reaktion des sächsischen Buchhandels auf den Machtwechsel und die daran anschließenden Gleichschaltungsmaßnahmen im Jahr 1933. Auch, wenn NS-Zensur und Propaganda erst in den Folgejahren ihre volle Entfaltung fanden, kam es bereits im ersten Jahr des „Dritten Reichs“ „zu Denunziationen und Aktionen spontaner Verbote“ (S. 241). Die neue Regierung weckte im krisengebeutelten deutschen Buchhandel wie in vielen anderen Industrie- und Handelsbranchen, so Keiderling, große Erwartungen. Der „Börsenverein der Deutschen Buchhändler zu Leipzig“ signalisierte schnell seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit und erhoffte sich Vorteile durch künftige staatliche Eingriffe in die Wirtschaft. Dabei biederte man sich der Partei unter Verwendung ihrer Rhetorik, etwa von „undeutschem Schrifttum“ und der

# Lernen aus der ■ Geschichte

## Empfehlung Fachbuch

„Judenfrage“, regelrecht an. Auch die ersten Verbotslisten gab der Leipziger Dachverband gutheiend an seine Mitglieder weiter. Der Buchhandel passte sich so erfolgreich an, dass 96 Prozent der Unternehmer keinerlei Repressalien ausgesetzt war. „Mit großer Rasan stellte sich diese Majorit ohne Druck irgendeiner Zensurbehörde auf die neuen Zeiten ein“ (S. 246).

Das vierte Kapitel („Eigensinn“) wendet sich sozialen Gruppen zu, die sich durch bestimmte nonkonformistische Haltungen und Handlungen auszeichneten, ohne dass diese dabei zwingend im Gegensatz zur NS-Herrschaft standen. Der Blick richtet sich dabei unter anderem auf Leipziger Jungkommunisten, Meuten, Broadway-Cliquen und die Sächsische Jungenschaft. Zuletzt stehen im abschließenden Kapitel „Kontinuitäten und Brüche“ die langfristigen Auswirkungen der NS-Diktatur in der sächsischen Gesellschaft, sowohl für Täter als auch für Opfer, im Mittelpunkt, etwa anhand mehrerer Biografien von Zwangssterilisierten und „Euthanasie“-Geschädigten.

### Zusammenfassung

Der Sammelband „Sachsen und der Nationalsozialismus“ wird seinem Anspruch gerecht und bringt die Potentiale von Regionalgeschichte zur Geltung. Er zeigt, wie es ein geografisch abgegrenzter Raum ermöglicht, in zum Teil noch unerforschte Tiefen einer Gesellschaft vorzudringen und dabei trotz des komprimierten Betrachtungsrahmens ein wesentlich komplexeres Bild zu zeichnen als herkömmliche Darstellungen.

Einmal mehr sticht hier die (freilich nicht neue) Erkenntnis heraus, dass die nationalsozialistische Gewaltherrschaft nicht von einer kleinen Elite, sondern von der breiten Zivilgesellschaft getragen wurde.

### Literatur

Günther Heydemann, Jan Erik Schulte, Francesca Weil (Hsg.): Sachsen und der Nationalsozialismus, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 2014. 421 Seiten, 70 Euro.

### Volksgemeinschaft und Lebensraum: Die Neulandhalle als historischer Lernort

Von Frederik Schetter

Im aktuellen Magazin wird der Umgang mit regionalgeschichtlichen Defiziten und ihren Ursachen in einzelnen Bundesländern herausgearbeitet. Ein solches Defizit macht Uwe Danker in seiner 2014 veröffentlichten Publikation „Volksgemeinschaft und Lebensraum: Die Neulandhalle als historischer Lernort“ auch in Schleswig-Holstein bei Vermittlungsangeboten für das außerschulische historische Lernen – speziell für den Bereich der Zeitgeschichte – aus und entwickelt ein Konzept, um dieses zu beheben.

Im Zentrum steht dabei die 1935 als damaliges NS-Musterprojekt auf dem ehemaligen „Adolf-Hitler-Koog“ im heutigen Kreis Dithmarschen errichtete und seit 1971 von dem Kirchenkreis Dithmarschen u.a. als evangelische Jugendbegegnungsstätte genutzte Neulandhalle. 2010 stand man vor der Entscheidung, was mit der renovierungsbedürftigen Immobilie geschehen solle. In Folge einer kontroversen Diskussion beauftragte der Kirchenkreis als Eigentümer der Neulandhalle das Institut für schleswig-holsteinische Regionalgeschichte (IZRG) mit der Ausarbeitung einer Machbarkeitsstudie, ob und wie die Neulandhalle als Vermittlungsort regionaler NS-Geschichte konzeptionell genutzt werden könne. Das 2012 u.a. von Uwe Danker als Direktor des IZRG erstellte Konzept wurde auf Bundesebene

abgelehnt, sorgt jedoch weiterhin für Erinnerungspolitische Diskussionen und bildet die Basis der von Danker 2014 veröffentlichten und mit über 70 Bildern anschaulich gestalteten Publikation.

### Vermittlung von NS-Geschichte – eine Frage der Generation?

Danker geht von der einleitenden Prämisse aus, dass nachwachsende Generationen zwar die „grenzenlose Inhumanität der deutschen [...] Geschichte“ (S. 8) erkennen würden, nicht aber „Erklärungsmuster, denkbare Bedingungsgeflechte, andere Seiten des Nationalsozialismus, Übertragbarkeiten auf andere Gesellschaften und historische Situationen“ (ebd.). Um die Komplexität des Nationalsozialismus zu verstehen, müsse man sich daher auch mit dem vermeintlich positiven Gegenstück zur nationalsozialistischen Inhumanität auseinandersetzen – der sogenannten „Volksgemeinschaft“. Für die Neulandhalle, einem Modellobjekt dieser „klinisch rein und neu geschaffenen ‚Volksgemeinschaft‘“ (S. 9), sieht er als historischen Lernort daher großes Potential.

### Die Neulandhalle als nationalsozialistische Ersatzkirche

Im ersten von insgesamt drei Hauptkapiteln zeichnet Danker dann in einem ersten Schritt die Entwicklung Schleswig-Holsteins von der Weimarer Republik zu einem nationalsozialistischen „Mustergau“ im „Dritten Reich“ nach. In diesem wurde der Inszenierung von Landgewinnung durch Deichbau und Entwässerung und der damit verbundenen „Ausweitung des deutschen

Lebensraums“ (S. 25) eine zentrale, ideologisch aufgeladene Rolle zugeordnet und diese propagandistisch verwertet. Ein auf diese Weise seit 1933 neu gewonnenes Gebiet – ein Koog – wurde so nach Adolf Hitler benannt und von diesem persönlich 1935 eingeweiht.

In diesem erfüllte die Neulandhalle als „Ort ritualisierter und zelebrierter Kulthandlungen“ (S. 43) in der Ideologie der „Volksgemeinschaft“ die Funktion einer nationalsozialistischen Ersatzkirche. Danker stellt diesen „harmonisch-integrativen Entwurf“ (S. 43) für einen Teil der Bevölkerung in den Gegensatz zur Gewaltherrschaft gegen all jene, die nicht Teil der „Volksgemeinschaft“ waren oder sich dieser verweigerten. In unterschiedlichen Punkten geht er so auf die Verbrechen der Nationalsozialisten – sowohl im „Dritten Reich“ und den eroberten Gebieten insgesamt als auch speziell in Schleswig-Holstein – ein. Auf diese Weise gelingt es ihm immer wieder, in unterschiedlichen Punkten die „Janusköpfigkeit“ (S. 68) der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“ und Lebensraumpolitik deutlich zu machen.

### Nationalsozialistische „Volksgemeinschaft“, Lebensraumpolitik und Selbstinszenierung

Auf dieser historischen Basis stellt Danker im zweiten Kapitel die Relevanz der Neulandhalle als historischem Lernort heraus. Dies begründet er erstens mit einer inhaltlichen Relevanz: Die Selbstdarstellung, das Konzept der „Volksgemeinschaft“ und die

Lebensraumpolitik der Nationalsozialisten ließe sich an einem historischen Lernort in der Neulandhalle wie „unter der Lupe [...] studieren“ (S. 77), zugleich fehle es in diesen Bereichen in Schleswig-Holstein an Vermittlungsangeboten. Er sieht daher konkreten, gesellschaftlichen Bedarf an einem solchen Lernort. Den Bedarf ermittelt er weitergehend in einem zweiten Punkt durch die Analyse der Marktlage, der Erstellung eines Besucherprofils und dem Vergleich mit 10 vergleichbaren Lernorten wie beispielsweise dem NS-Dokumentationszentrum München oder der Dokumentations- und Gedenkstätte Wewelsburg. Dabei kommt Danker zu dem Schluss, dass durch die Schaffung und Etablierung eines historischen Lernorts in der Neulandhalle die „Erinnerungslandschaft Schleswig-Holsteins [...] erheblich und substanziell“ (S. 96) bereichert würde.

Im dritten Kapitel zeichnet Danker die konzeptionelle Planung des historischen Lernorts nach. Er hebt die Fähigkeit von Regionalgeschichte, „eine hochgradig komplexe soziale Welt in einem räumlich begrenzten Untersuchungsgebiet zu erfassen“ (S. 98), hervor und sieht für die Neulandhalle als historischem Lernort – im Gegensatz zu Gedenkstätten – das Potential, eine „konsequentere Umsetzung fachdidaktischer Leitlinien zu ermöglichen“ (S. 106).

Was er konkret unter diesen Leitlinien versteht, nämlich beispielsweise eine stärkere Versachlichung, den „Verzicht auf einfache Wertungsmuster“ (S. 105) oder die „Transparenz des Ausstellungskonzepts“

(ebd.), listet Danker stichpunktartig und übersichtlich auf.

Im Folgenden konkretisiert Danker die geplante Ausstellungskonzeption. Die Zielgruppen sind dabei von Heterogenität geprägt; „für jeden wie jede soll etwas dabei sein“ (S. 107).

Klingt dieses Zielgruppenprofil etwas unscharf, so wird Danker bei den Themengebieten der Ausstellung konkreter. Die Vermittlungsangebote gliedert er thematisch plausibel in den nationalsozialistischen Konzepten der „Volksgemeinschaft“ und der Lebensraumideologie. Die Darstellung der NS-Selbstinszenierung soll der Ausstellung dabei als roter Faden dienen. Die Themen der Ausstellung stellt Danker als Schwerpunkt heraus, diese solle „ausdrücklich nicht exponatzentriert“ (S. 111) ausgerichtet sein, sondern die Exponate auf Basis der historischen Themen und des didaktischen Potentials ausgewählt werden.

### Die Frage der Finanzierung und erinnerungspolitischer Konflikt

Als für die Realisierung eines historischen Lernortes zentral hebt Danker bauliche Maßnahmen und Rekonstruktionen der sich in schlechtem Zustand befindlichen Neulandhalle hervor. Auffallendes Element bei der Darstellung der geplanten baulichen Maßnahmen ist das Bewusstsein Dankers dafür, dass durch Rekonstruktionen möglicherweise „mystisch anmutende Stimmungen und anziehende Atmosphären“ (S. 116) entstehen könnten, die es zu brechen gelte. Zugleich solle den Besucher\_innen

deutlich und erfahrbar gemacht werden, dass verschiedene Nutzungen und historische Prozesse jeweils ihre Spuren in der Neulandhalle hinterlassen haben. Bei der Kalkulation der Kosten nehmen ebendiese baulichen Maßnahmen mit knapp 3,2 Millionen Euro auch den Großteil der insgesamt im Konzept für die Umsetzung veranschlagten 4,2 Millionen Euro ein.

Vor einem umfassenden Literatur- und Bildverzeichnis legt Danker in einem kurzen „Rück- und Ausblick“ (S. 128) seinen Standpunkt zur Ablehnung des Konzepts der Neulandhalle als historischem Lernort dar. Er wirft u.a. den Akteuren der Gedenkstättenarbeit in Schleswig-Holstein eine Blockadehaltung aus Angst vor dem Verlust finanzieller Mittel vor. Er zeichnet in deutlichen und kämpferischen Worten ein „kümmerliches Gesamtbild“ (S. 132) der NS-Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein und fordert eine „innovative, auf die Zukunft gerichtete Kulturpolitik“ (ebd.), als welche – das wird in diesem Punkt noch einmal sehr deutlich – er sein Konzept zur Neulandhalle als historischem Lernort sieht.

### Zusammenfassung

Danker hält in seiner Publikation ein sehr deutliches und direktes Plädoyer dafür, die Vermittlung von NS-Geschichte in Schleswig-Holstein auf den Prüfstand zu stellen und im Zuge generationeller Veränderungen neue Wege zu gehen. Mit seinem Konzept für die Neulandhalle als historischem Lernort bietet er eine konkrete Ergänzung der schleswig-holsteinischen

## Lernen aus der ■ Geschichte ■

### Empfehlung Fachbuch

NS-Erinnerungslandschaft an. Danker bietet so einen konkreten und plausibel formulierten Impuls für erinnerungspolitische und geschichtsdidaktische Diskussionen. Dadurch, dass er sich eines multiperspektivischen Ansatzes bedient und sowohl historische und gesellschaftliche als auch konzeptionelle Perspektiven herausarbeitet, bietet das Buch zudem für fachwissenschaftlich, didaktisch, museologisch oder pädagogisch interessierte Leser\_innen jeweils wichtige Erkenntnisse.

### Literatur

Uwe Danker: Volksgemeinschaft und Lebensraum. Die Neulandhalle als historischer Lernort, in: Uwe Danker; Robert Bohn; Sebastian Lehmann (Hrsg.): Beiträge zur Zeit- und Regionalgeschichte, Band 3, Wachtholz Verlag, Neumünster 2014, 18 €.

Von Frederik Schetter

Die Idee, komplexe historische Prozesse und soziale Zusammenhänge mittels eines regionalgeschichtlichen Zugangs anschaulich und verständlich zu vermitteln, erfreut sich großer Beliebtheit. Von der Regionalgeschichte Westfalens bis zur südwestdeutschen Demokratieggeschichte – in vielen Regionen Deutschlands finden sich wissenschaftliche Institute oder Projekte, die sich auf ebendiesen Zugang spezialisiert haben. Für die Region um Nürnberg, Fürth, Erlangen und Bamberg ist der Verein „Geschichte für Alle e.V. – Institut für Regionalgeschichte“ die zentrale Anlaufstelle.

1985 von einer kleinen Gruppe von Geschichtsstudenten ins Leben gerufen, entwickelte sich der Verein in den letzten 30 Jahren zu einem der führenden Akteure für regionalgeschichtliche Vermittlung in der Region. Mittlerweile zählt er über 1200 Mitglieder und beschäftigt neben zahlreichen hauptamtlichen auch über 250 freie Mitarbeiter\_innen. Das Internetportal des Vereins bietet einen Überblick sowohl über seine Arbeitsweise als auch über sein breites Spektrum an regionalgeschichtlichen Angeboten. Dabei gibt es die Möglichkeit, grundlegende Informationen auch in den Sprachen Englisch, Französisch und Italienisch zu erfahren.

### Geschichtsvermittlung von historischer Kneipentour bis zu Nürnberger Prozessen

Im Zentrum des Portals stehen die in dem Bereich „Stadtrundgänge“ aufgeführten Angebote. Dabei handelt es sich keineswegs „nur“ um Stadtrundgänge, sondern es werden darüber hinaus auch Bus- und Radtouren, Museumsführungen, Theater-rundgänge, Führungen für Kinder, Jugendliche oder Teilnehmer\_innen mit Handicap sowie Gesprächsrunden zu unterschiedlichen regionalgeschichtlichen Themen angeboten.

Thematisch sind all diese Angebote breit gefächert. Von einer historischen Kneipentour durch die Fürther Kneipenszene über einen Rundgang zur architektonischen Geschichte Nürnbergs bis zu unterschiedlichsten Touren zur Geschichte der einzelnen Städte im Nationalsozialismus ist alles möglich. Die besondere Stellung Nürnbergs im Nationalsozialismus, für die das Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände und die Stadt als Austragungsort der Kriegsverbrecherprozesse stehen, sorgt zugleich für ein differenziertes und tiefgehendes Angebotsspektrum.

In dem Bereich „Publikationen“ wird eine Reihe von thematisch gegliederter Fachliteratur und weiteren regionalgeschichtlichen Publikationen nicht nur genannt, sondern auch jeweils in einem kurzen Absatz der jeweilige Inhalt des Buches vorgestellt.

## Professionelle Auftragsarbeiten

Der Bereich „Institut für Regionalgeschichte“ komplettiert das Angebotsspektrum des Vereins. Hier wird konkrete Unterstützung bei wissenschaftlicher Recherche von beispielsweise der eigenen Familien- oder Unternehmensgeschichte angeboten. Auch eine zielgruppenspezifische Zusammenarbeit bei der Publizierung von Regionalgeschichte ist möglich. Darüber hinaus übernimmt „Geschichte für Alle“ die Recherche, Konzeption und Umsetzungen von Ausstellungen zu unterschiedlichen Themen der Regionalgeschichte.

## Zusammenfassung

Das Internetportal bietet für die Region um Nürnberg, Fürth, Erlangen und Bamberg einen Überblick über die Möglichkeiten, Regionalgeschichte zu vermitteln. Die zahlreichen Vermittlungsangebote zeichnet dabei eine große Bandbreite aus. Dank der aufgelisteten regionalgeschichtlichen Publikationen kommen auch jene Besucher\_innen auf ihre Kosten, die einzelnen thematischen Schwerpunkten weiter nachspüren wollen. Das Portal sei daher allen empfohlen, die sich über die Aspekte der Geschichte der Region informieren oder diese in irgendeiner Weise vermitteln wollen.

Das Internetportal des Vereins „Geschichte für Alle e.V. – Institut für Regionalgeschichte“ ist über folgenden [Link](#) zu erreichen.

---

## „Arbeiter. Besetzer. Bürger.“ Die Mainzer Straße in Berlin-Friedrichshain von 1894 bis heute

Von Christian Schmitt

Berlin im Sommer 2016: Angehörige der linksautonomen Szene zünden in Friedrichshain Autos an und leisten sich gewaltsame Auseinandersetzungen mit Polizist\_innen. Wochenlang trauen sich manche Anwohner\_innen der Rigaer Straße kaum vor die Tür, berichten von Schikane durch die Polizei. Auslöser für den Ausnahmezustand im Berliner Trendbezirk ist Innensenator Frank Henkels (CDU) Anordnung, das teilweise besetzte Haus in der Rigaer Straße 94 zu räumen. Schuldzuweisungen und Anfeindungen aus allen und in alle Richtungen lassen die Fronten zunehmend verhärten. Henkel wird vorgeworfen, aus wahlkampf-taktischen Gründen ein Exempel statuieren zu wollen. Ein Gericht entscheidet schließlich zugunsten der Besetzer\_innen, woraufhin sich die Polizei aus der Rigaer Straße zurückziehen muss.

## Mikrokosmos erzählt große und kleine Geschichte(n)

Nicht zum ersten Mal gerieten in Berlin Hausbesetzer\_innen und Staatsmacht aneinander. Im Herbst 1990 war die Situation schon einmal eskaliert: In der Mainzer Straße, ebenfalls in Friedrichshain gelegen, waren damals die Ausschreitungen weitaus schlimmer als 2016. Anwohner berichteten hinterher

# Lernen aus der ■ Geschichte ■

## Empfehlung Web

sogar von „bürgerkriegsähnlichen Zuständen“.

Am Beispiel der Mainzer Straße zeigt eine Website, wie viel Geschichte in der unmittelbaren Nachbarschaft steckt und auch, wie sich anhand dieser Geschichte tagesaktuelle Ereignisse oftmals besser einordnen lassen. Die verantwortlichen Studierenden des Masterstudiengangs Public History an der FU Berlin präsentieren die Geschichte der Mainzer Straße als „Mikrokosmos, der von der ‚großen‘ nationalen Geschichte ebenso viel erzählt wie von den individuellen Lebensgeschichten der Menschen, die dort gewohnt haben“.

Die Seite ist chronologisch aufgebaut und damit gut zu überblicken. Die (naheliegenderen) thematischen Schwerpunkte sind die ersten Jahre der Mainzer Straße in den 1890er-Jahren, die Weimarer Republik, der Nationalsozialismus, die DDR, der „heiße Herbst“ 1990 sowie die Mainzer Straße in der Gegenwart. Jede Rubrik umfasst dabei mehrere Artikel.

### **Straßenkämpfe schon in den 1930er-Jahren**

Das Friedrichshain der späten 1920er- und frühen 1930er-Jahre wird auf der Seite als „Hochburg des Widerstands“ gegen die nationalsozialistische Bewegung charakterisiert. Sowohl Kommunist\_innen als auch Sozialdemokrat\_innen waren demnach im Berliner Osten sehr präsent und lieferten sich mit den Nationalsozialisten brutale Kämpfe auf offener Straße. Menschen wurden entführt; in der Mainzer Straße

kam es sogar zu tödlichen Schüssen auf den jungen Kommunisten Rudi Toffel. Trotz des gemeinsamen Feindbildes bekämpften sich Anhänger\_innen von SPD und KPD bis zuletzt auch gegenseitig und waren nicht dazu bereit, ihre Kräfte gegen die Bedrohung von rechts zu bündeln.

Die Rubrik „Nationalsozialismus“ erzählt die Geschichte der jüdischen Familie Gelbart, damals wohnhaft in der Mainzer Straße 13. Josef Gelbart arbeitete hier gleichzeitig als Hausverwalter. Hatte das Ehepaar die jahrelangen Anfeindungen und Drohungen seitens der anderen Mieter noch ertragen können, veranlasste das Berufsverbot für Juden Josef Gelbart und seine Frau Rosa 1938, Berlin und Deutschland zu verlassen. Trotz vieler Gefahren gelang ihnen die Flucht nach Palästina. Andere Jüdinnen und Juden aus der Mainzer Straße hatten weniger Glück: Heute erinnert hier ein Stolperstein an Gertrud Luchterhand, die sich nach Ankündigung ihrer Deportation das Leben nahm. Ein weiterer Stolperstein erinnert an den Homosexuellen Richard Miersch, der wegen „widernatürlicher Unzucht“ inhaftiert und 1943 im Gefängnis Tegel ermordet wurde.

### **Stasi-Informant\_innen in der Mainzer Straße**

Jahrzehnte später waren in der Mainzer Straße Informant\_innen des Ministeriums für Staatssicherheit aktiv. Die Website erzählt die Geschichte zweier Student\_innen, die in den 1980er-Jahren unter den Decknamen „Hans Radke“ und „Carola“

# Lernen aus der Geschichte

Empfehlung Web

## Zusammenfassung

ihre Nachbarn bespitzelten. Ein anderer Artikel widmet sich dem in der DDR immer häufiger auftretenden Phänomen des „Schwarzwohnens“: Der große Wohnungsleerstand und die Anonymität der Großstadt veranlassten zahlreiche Ost-Berliner\_innen dazu, Wohnungen illegal zu beziehen. In vielen Fällen blieb dies unbemerkt. Den Behörden gelang es nie, effektiv gegen die „Schwarzwohner\_innen“ vorzugehen.

Die Hausbesetzer\_innen, die 1990 so massiv mit der Staatsmacht aneinanderprallten, waren also nicht die ersten illegalen Bewohner\_innen der Mainzer Straße. So viel Aufmerksamkeit wie während der Wende wurde ihnen allerdings noch nie zuteil. In die Darstellung des „heißen Herbstes“ fließen gleich mehrere Perspektiven ein. Hausbesetzer\_innen, Anwohner\_innen, Politiker\_innen und Polizisten schildern ihre Erinnerungen an die Monate, als die Besetzerszene aus Ost und West in der Mainzer Straße zusammenkam und im halbanarchischen Umfeld des zerfallenden DDR-Staates den „Sommer ihres Lebens“ verbrachte. Dieser Sommer endete, als die Polizei im November mit Wasserwerfern anrückte, um die Häuser zu räumen. In der Folge eskalierte auf beiden Seiten die Gewalt. Zu Wort kommen unter anderem Georg Schertz, ehemaliger Polizeipräsident von Berlin, der Polizeihistoriker Hartmut Moldenhauer sowie die Grünen-Politikerin Renate Künast, die 1990 zwischen den Parteien vermittelte.

Wer glaubt, Geschichte ließe sich nicht anhand einer Straße vermitteln, wird von diesem studentischen Projekt eines Besseren belehrt. Geschichte wird umso greifbarer, wenn sie nicht nur anhand großer Namen und Institutionen, sondern als Alltagsgeschichte aus der unmittelbaren Nachbarschaft präsentiert wird. Fließen darüber hinaus in die Darstellung so zahlreiche Perspektiven ein wie im vorliegenden Fall, werden zusätzlich umfassende Reflexions- und Deutungsmöglichkeiten geschaffen. Die Website zur Mainzer Straße zeigt damit das Potential, dass Regionalgeschichte für die historisch-politische Bildungsarbeit beinhaltet.

Link zur Website:

[www.mainzerstrasse.berlin](http://www.mainzerstrasse.berlin)

### „geschichte für heute“ 2/2010: Lernpotentiale der Regionalgeschichte

### Stadtgrundriss als historische Schlüsselquelle

Von Christian Schmitt

„Eine alternative Begegnung von Lernzielen und Inhalten [...] auf Augenhöhe“ (S. 5) ermöglicht es dem Geschichtsunterricht, angemessener über historische Themen zu debattieren, als wenn dieser lediglich auf die Vermittlung von Problemlösungsfähigkeiten ausgerichtet ist.

Das versucht Bernd Schönemann in einem Aufsatz zum regionalgeschichtlich akzentuierten historischen Lernen zu zeigen, und bemängelt dabei die Glorifizierung von Kompetenzen und Lernstandards seit den PISA-Reformen. Der Aufsatz ist der einführende Artikel einer Ausgabe der Zeitschrift „geschichte für heute“ aus dem Jahr 2010, die sich unter anderem in drei Beiträgen den Lernpotentialen von Regionalgeschichte im schulischen Rahmen widmet.

Schönemann geht zunächst der Problematik der Inhaltsauswahl für den Schulunterricht nach und dem damit verbundenen Rechtfertigungsdruck, die Wahl regionalgeschichtlicher Themen zu begründen. Eine Lösung sieht er in der Kategorie Geschichtsbewusstsein, die anzugeben ermöglicht, welche Lernleistungen Schüler\_innen an regionalgeschichtlichen Gegenständen erbringen können.

Auf einen Diskurs über definatorische Probleme von „Region“ als ein immer auch „durch Interaktion entstehendes ‚sozialräumliches Gebilde‘“ (S. 9) folgt eine Lernpotentialanalyse. Regionalgeschichte steht demnach vor der Herausforderung, auch in einer heterogenen Gesellschaft mit multiethnischen Lerngruppen „historische Orientierung zu vermitteln, [ohne] auf Identitäten im Allgemeinen und regionale Identität im Besonderen“ (S. 10) verzichten zu müssen, wobei diese Identitäten „nicht mehr Ziel, sondern nur noch Thema und Gegenstand historischen Lernens“ (S. 10) sein sollen. Diese Ausführungen beschreibt Schönemann anhand ausgewählter curriculärer Beispiele. Er beklagt weiter die meist streng chronologische und dabei epochal fragmentierte Ausrichtung von Lehrplänen plädiert für eine „integrale Behandlung regionalgeschichtlicher Themen, die mehrere historische Sektoren miteinander verbindet“ (S. 12). Methodische Bemerkungen sowie ein kurzer Ausblick schließen den Artikel ab.

Schönemanns theoretische Überlegungen werden im folgenden Beitrag von Bernd Mütter zur Zielsetzung und thematischen Strukturierung von Landesgeschichte im Unterricht und auf Exkursionen in die Praxis übertragen. Mütter erarbeitet Voraussetzungen für den erfolgreichen Besuch außerschulischer Lernorte und stellt zwei regionalgeschichtliche Gesamtkonzepte vor, die Unterricht und Exkursion bestmög-

# Lernen aus der ■ Geschichte ■

Empfehlung Zeitschrift

lich miteinander verknüpfen sollen: Einen Städtevergleich im historischen Längsschnitt, bei dem die Schüler\_innen abschließend in der Lage sein sollen, die Verschiedenheit zweier Nachbarstädte historisch zu begründen, sowie ein Konzept zum Thema „Industrialisierung und Agrarmodernisierung in der Region“. Passend zum ersten der beiden Konzepte thematisiert Bernward Fahlbusch in einem dritten Beitrag den Stadtgrundriss als historische Schlüsselquelle.

## Zusammenfassung

Bei der hier vorgestellten Ausgabe von „geschichte für heute“ ist freilich zu beachten, dass sie bereits 2010 erschienen ist und deshalb Bemerkungen zu Lehrplänen und Fachkonferenzen nicht mehr notwendig aktuell sind. Sie bietet aber auch zeitlose Überlegungen zu den grundlegenden Herausforderungen von Regionalgeschichte und liefert darüber hinaus Anregungen zur Gestaltung von Unterricht und Exkursionen.

„geschichte für heute“ 2/2010 kann für 14 Euro im [Onlineshop](#) des Wochenschau Verlags bestellt werden.

Unser nächstes Magazin erscheint am 25. Januar 2017  
und trägt den Titel „Krieg für Menschenrechte?“

## I M P R E S S U M

Agentur für Bildung - Geschichte, Politik und Medien e.V.

Dieffenbachstr.76

10967 Berlin

<http://www.lernen-aus-der-geschichte.de>

<http://www.agentur-bildung.de>

Projektkoordination: Ingolf Seidel

Webredaktion: Christian Schmitt, Ingolf Seidel, Frederik Schetter,

Anne Lepper

Die Beiträge dieses Magazins können für nichtkommerzielle Bildungszwecke unter Nennung der Autorin/des Autors und der Textquelle genutzt werden.